Klaus Wernecke:
Ein Import aus Schleswig-Holstein und seine politischen Folgen:
Landvolkbewegung und Öffentlichkeit im Raum Lüneburg 1928-1932

In den ersten Monaten des Jahres 1928 rollte eine Welle des Protestes durch ländliche preußische Regionen. Die Schwerpunkte der Massenkundgebungen lagen in norddeutschen Gebieten, zunächst vor allem in Schleswig-Holstein. Die Proteste richteten sich gegen die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierungen im Reich und in Preußen. Sie kamen, so die erste Wahrnehmung, aus der Tiefe des ländlichen Raumes, spontan, nicht zentral organisiert und abseits der konventionellen Parteien und Interessenverbände. Bauern nutzten in der nördlichen preußischen Provinz zum ersten Mal das Mittel der politischen Massendemonstration. Hans Fallada setzte ihnen in seinem 1931 erschienenen Roman „Bauern, Bonzen und Bomben" ein literarisches Denkmal.

In der deutschen „Agrarkrise" waren in der zweiten Hälfte der 20er Jahre die Erzeugerpreise zum Teil deutlich gefallen. Im Lüneburger Regierungsbezirk kamen in den an die Elbe grenzenden Kreisen 1926 und 1927 noch Hochwasserschäden hinzu. Das Zinsniveau war gegenüber der Kaiserzeit bis zum Dreifachen angestiegen und stellte verschuldete Betriebe zusätzlich vor Probleme.[1]

Die organisatorische Entwicklung und politische Stoßrichtung der Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein und ihre wachsende Affinität zum Nationalsozialismus ist schon 1962 von Gerhard Stoltenberg dargestellt worden.[2] Aber welche Ausstrahlung hatte diese politische Bewegung in den Nachbargebieten? Wie haben dort einheimische und aus Schleswig-Holstein angereiste Redner in den zahlreichen öffentlichen Versammlungen zu ihrem Publikum gesprochen? Mit welchen Ansichten, Kulturmustern, Wertvorstellungen erklärten und begründeten sie ihre Ziele? Welche soziale Position hatten Redner und Publikum? Wie war die „Atmosphäre" der Kundgebungen?

Diese Fragen, auch für Schleswig-Holstein bisher in der Fläche kaum beantwortet, können nicht ohne jenes Massenmedium der Weimarer Republik geklärt werden, das über die größte Reichweite verfügte: Die politische (Tages-)Zeitung. Im Landkreis und in der Kleinstadt sind es vor allem die „Kreiszeitungen". Dort werden politische Veranstaltungen vor Ort angekündigt und die Berichte darüber wirken sich auf die Besucherzahl der Versammlungen aus.

Die Darstellung der „Landvolk"-Kundgebungen in Zeitungen wird mit den Berichten von Polizeibeamten verglichen. Das wurde nur möglich durch ein in seiner Art besonderes Zeitungs-Archiv auf Mikrofilm der regionalgeschichtlichen Arbeitsgruppe der Universität Lüneburg. Der Regierungsbezirk Lüneburg, das „Lüneburger Land", ähnelte sozialökonomisch den „Landvolk"-Gebieten in Schleswig-Holstein. Unmittelbar spürbar war der Einfluss der Schleswig-Holsteinischen Protest-„Avantgarde" im benachbarten „Nordhannover", wie die Region der beiden Regierungsbezirke Stade und Lüneburg auch genannt wurde. Sie bildeten den Reichstagswahlkreis „Osthannover".

1 Zur Agrarkrise in Osthannover zuletzt vgl. Dirk Stegmann, Politische Radikalisierung in der Provinz. Lageberichte und Stärkemeldungen der Politischen Polizei und der Regierungspräsidenten für Osthannover 1922-1933, Hannover 1999, S. 33 ff. Zur Agrarkrise in Schleswig-Holstein und ihren politischen Folgen s. a. Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart 1963, S. 118 ff. – Ehrenfried Friedrich, Ursachen, Verlauf und agrarhistorische Bedeutung der Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein von 1928 bis 1930. Diss. Univ. Leipzig 1967 – Eine kurze, einführende Zusammenfassung des Verhältnisses von Agrarkrise und Protestbewegung gibt Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, Die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein. In: Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz. Im Auftrag der Evangelischen Akademie Nordelbien hrsg. Von Urs J. Diederichs und Hans-Hermann Wiebe, Bad Segeberg/Hamburg, o. J.

2 Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im Schleswig-Holsteinischen Landvolk 1918-1933, Düsseldorf 1962 – s. a. die kurze aber analytisch tiefgehende Analyse in Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark", Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928), Neumünster 1982, S. 410-415 („NSDAP-Agitation und Bauernprotest").

Vorangehende Seiten:
Bauern im Aufbruch: Schleswig-Holstein 1928
Quelle: Walter Luetgebrune, Neu-Preußens Bauernkrieg. Entstehung und Kampf der Landvolkbewegung, Hamburg, Berlin, Leipzig 1931

Bei der Ausbreitung der Protest-„Bewegung" spielten, neben der mündlichen Kommunikation, auch die vielen Kreisblätter der Region eine wichtige Rolle. Zwar wurde ihr überregionaler aktueller Teil meist von Nachrichtenagenturen gestellt, doch lieferten sie für ihren Kreis eigene Berichte. Hinzu kam, dass die Mehrheit der Kreisblätter in den Texten der Agenturen noch Veränderungen durch Auswahl und Schlagzeilen vornehmen konnte, also keine reine Maternzeitung war. Das gilt ähnlich auch für die Nachrichten aus dem weiteren Niedersachsen. „Amtliche Kreisblätter" durften sich die Zeitungen nennen, die alle amtlichen Veröffentlichungen erhielten und gegen Bezahlung abdruckten. Die Dienststellen der Kreise mussten diese Zeitung abonnieren. Die anderen „Kreisblätter" erhielten diese Bekanntmachungen auch, in der Regel ohne Bezahlung.

Die „Not" des „Landvolkes" war im Frühjahr 1928 ein großes Thema der agrarisch orientierten Zeitungen und Parteien. Die Winsener Zeitung (WIZ) zum Beispiel berichtete über die vielen Kundgebungen in einer ständigen Rubrik unter der Kopfzeile „Gewitterwolken".[3] Das Blatt verstand sich als „Berufsständische Zeitung der Landwirtschaft des Kreises Winsen" und „Amtliches Nachrichtenblatt für Kreis und Stadt Winsen a. d. Luhe".

Einen Höhepunkt erreichten die Massendemonstrationen in Schleswig-Holstein am 28. Januar 1928. Die WIZ druckte dazu in der genannten Rubrik einen Bericht von „Otto Johannsen jun., Landwirt in Neuenkoog bei Büsum": „140 000 Bauern, Handwerker, Handeltreibende und Hausbesitzer waren in den Kreisstädten zusammengekommen".[4] Die unmittelbare Initiative dazu hatte Johannsen ergriffen, „der angesehene Büsumer Hofbesitzer".[5]

Im Frühjahr 1928 wird „Landvolk" noch oft in seiner allgemeinen Bedeutung benutzt. Eine halbe Zeitungsseite der WIZ füllte die Anzeige des Kreislandbundes Winsen mit der Aufforderung „kommt alle zu unserer großen Landvolk-Versammlung … Die Versammlung muss eine Notkundgebung werden … Niemand darf hinterm Ofen bleiben. Bringt Eure Frauen und erwachsenen Kinder mit !"[6] . Die WIZ und die zweite Tageszeitung am Ort, die Winsener Nachrichten, brachten jeweils zwei im Wortlaut identische Berichte über die „Landvolk-Versammlung." Die erste Wiedergabe von Rechenschaftsbericht und Reden füllte schon knapp eine Drittelseite, die zweite rund anderthalb Zeitungsseiten.[7] Das zeigt die politisch-ökonomische Bedeutung des Kreislandbundes, der sich auch das (amtliche) „Kreisblatt", die Winsener Nachrichten, verpflichtet fühlte. Und es macht die bedeutende Rolle vieler Kreislandbünde bei dem beginnenden Angriff auf die Weimarer Republik „von unten" verständlich. Es gab hier auch eine Kooperation der beiden Zeitungen in der Lokalberichterstattung, obwohl sich die WIZ deutlicher nach rechts positionierte.

In der Aussprache nach den Reden schilderte ein Händler aus Harburg „die Zustände auf dem Lande vor 25 und mehr Jahren. Er selbst habe bis zum Alter von 25 Jahren beim Bauern gedient und mit ihm am gleichen Tisch gesessen. Man hatte damals keinen

3 Ein weiteres Beispiel: Die den „Welfen", das heißt der Deutsch-hannoverschen Partei (DHP) verbundenen Soltauer Nachrichten erschienen Ende Februar 1928 mit einer großen Schlagzeile über „Die Mittelstandskundgebung der Deutsch=hannov. Partei. [Untertitel:] Das deutsche Volk ein Volk in Not" (SN 28.2.28, S. 1). Im Inneren des Blattes sprach ein längerer Bericht über „Die große Landbundtagung in Göttingen" [Untertitel] „Notwende des deutschen Landvolkes" Das Blatt berichtete in einem Aufmacher über Unruhen bei der Zwangsversteigerung eines landwirtschaftlichen Betriebes in Schlesien: SN 21.3.28, S.1: „Zusammenstöße in Langenöls"

4 WIZ 30.1.28: „Gewitterwolken"

5 Stoltenberg, S. 110 – Stoltenberg übernimmt die Zahl von 140 000 als gegeben.

6 WIZ 28.1.28 – Es folgte am 31.1. 28 eine weitere Anzeige in Größe einer Viertelseite. Nur eine kleinere Anzeige erschien auch in den Winsener Nachrichten 31.1.28.

7 WIZ und WIN vom 4.2. (die WIZ unter „Massenkundgebung des Winsener Landvolkes", die WIN unter „Landvolk-Versammlung") und 7.2. 28 (Die WIZ mit einer großen Schlagzeile über „Die Landbundversammlung ...", die WIN wieder mit dem kleiner gedruckten Titel „Landvolk-Versammlung")

Grund zum Klagen, jeder arbeitete und verdiente. Heute sei das Umgekehrte der Fall."

Die nostalgische Beschwörung einer Gesellschaftshierarchie aus dem Kaiserreich – und damit gegen die Republik gewandt – findet sich auch bei vielen Rednern der Landvolkbewegung. Sie unterschlägt unter anderem die repressive preußische Gesindeordnung, die den Dienstboten kein Koalitionsrecht gewährte.[8] Während der Novemberrevolution 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten schon in seinem ersten politischen Programm die in der Arbeiterbewegung berüchtigte Gesindeordnung und die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter aufgehoben. Die ländliche Hierarchie war so schon zu Beginn der Republik in den Augen konservativer Agrarier in Frage gestellt. Auch daher kam ihr Hass auf die Revolution. Mit Schutzzollpolitik und preußischem Dreiklassenwahlrecht hatte es sich für den ländlichen Besitz im Kaiserreich bequemer leben lassen.

Direkt mit dem Begriff „Landvolk" operierte die „Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei" (CNBL). Im Februar 1928 gegründet von ehemaligen Reichstagsabgeordneten des agrarischen Flügels der Deutschnationalen Volkspartei und Funktionären des Reichslandbundes, signalisierte sie eine Lockerung der Bindungen zwischen DNVP und Reichslandbund. In den folgenden Jahren entwickelte sich zunehmend eine politische Symbiose mit der aus Schleswig-Holstein durch eine Reihe von Rednern in ein auffangbereites Becken exportierten „Landvolkbewegung".

Im Februar 1928 berichtete der Landrat des Winsen benachbarten, an die Elbe grenzenden Kreises Bleckede dem Lüneburger Regierungspräsidenten: „In der letzten Zeit haben in Schleswig-Holstein Bauern-Kundgebungen stattgefunden. Aus dem hiesigen Kreise waren eine Anzahl Landwirte in der vorigen Woche in Ratzeburg. Von diesen geht offenbar der Gedanke, eine gleichartige Veranstaltung auch im Kreise Bleckede vorzunehmen."

Es wurde ein „Landvolk-Ausschuss gebildet", dem ein „Land- und Gastwirt", vier „Hofbesitzer", ein Kürschner(meister) und ein Auktionator angehörten. „Diese haben einen Aufruf in der Zeitung erlassen für eine 'große öffentliche Kundgebung gegen die wirtschaftliche Notlage des gesamten Landvolkes'.

Schon in den Morgenstunden zogen aus den ganzen Kreisen, kirchspielweise geordnet, Trupps nach dem bei Bleckede gelegenen Sportplatz. Sogar die 30 bis 40 km entfernten Ortschaften aus dem Amt Neuhaus (rechts der Elbe, nahe Schleswig-Holstein gelegen, KW) waren per Schiff erschienen. Auf dem Marktplatz in Bleckede hat dann um die Mittagszeit eine Kundgebung stattgefunden, an der 3200 bis 3500 Personen teilgenommen haben. Wohl nie hat Bleckede (ca. 2400 Einwohner, KW) eine solche Menschenansammlung in seinen Mauern gesehen. An der Kundgebung haben teilgenommen Großgrundbesitz, Mittelbesitz, kleinbäuerlicher Besitz, Pächter und Siedler, Arbeiter, Ärzte, Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker. Kurz gesagt, mit Ausnahme der Beamtenschaft die gesamte Kreisbevölkerung."[9]

8 Damit verbot sie dem Gesinde, sich gewerkschaftlich zu organisieren. § 77 der Gesindeordnung lautete: „Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugtuung fordern." Und § 78: „Auch solche Ausdrücke oder Handlungen, die zwischen andern Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Vermutung, dass sie die Ehre des Gesindes dadurch habe kränken wollen." s. Lage und Kampf der Landarbeiter im ostelbischen Preußen (Vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Novemberrevolution 1918/19), Bd. I, Berlin 1977, S. 64.

9 Der Bericht ist abgedruckt in: Stegmann, Politische Radikalisierung, S. 142-145 – Für weitere elbnahe Kreise s. a. WIZ 31.1.28, unter „Gewitterwolken": „Forderungen des Landvolks im Wendlande".

Winsener Zeitung

Mitteilungsblatt folgender Vereinigungen:

Land- und forstwirtschaftlicher Verein Winsen (Luhe), Saatzucht Winsener Geest, Reiterverein der Winsener Marsch und Umgegend, Land- und forstwirtschaftlicher Verein Egestorf-Salzhausen, Verein ehem. landwirtschaftlicher Schüler Winsen (Luhe), Landwirtschaftlicher Verein Pattensen i. L., Versuchsring Winsener Geest, Pferdezucht- und Reitverein Luhmühlen, Kartoffelsaatbauverein Vorgeest, Kreislandbund Winsen (Luhe), Lüneburger Herdbuchgesellschaft, Waldbauverein Winsen-Süd, Pferdezuchtverein Winsen (Luhe), Saatvermehrungsgenossenschaft Winsen (Luhe), Zentralverband der Milchproduzenten für Hamburg und Nachbarstädte, Schweinezuchtgenossenschaft für den Kreis Winsen, Stover Rennverein, Viehzuchtverein der Artlenburger Elbmarsch und Umgb., Junglandbund Winsen, Obst- und Gemüsebauverein Vogtei Rieuland.

Für Ar und Halm

Berufsständische Zeitung der Landwirtschaft des Kreises Winsen

Amtliches Nachrichtenblatt für Kreis und Stadt Winsen a. d. Luhe

Die „Winsener Zeitung" erscheint an jedem Werktage. Gratisbeilagen: „Panorama", „Garten, Land und Herd", „Hof und Schule", „Die Frau in Haus und Leben", „Abendfrieden" und „Am Heimatborn". Geschäftsstelle in Winsen (Luhe), Schulstraße. Fernruf 155.

Anzeigen finden durch die „Winsener Zeitung" weite Verbreitung im Kreise Winsen und den angrenzenden Gebieten. Die Korpuszeile kostet 15 Pf., Familienanzeigen und Anzeigen bis 10 Zeilen 10 Pf. die Zeile; Anzeigen von außerhalb des Kreises 20 Pf., Reklamen 50 Pf.

Nr. 24 Sonnabend, den 28. Januar 1928. 16. Jahrgang

Kreislandbund Winsen (Luhe).

Für Ar und Halm.

Ueberall drückt die Not: Keine Verdienstmöglichkeit — Zunehmende Verschuldung.
Sturmzeichen aus allen Gauen: So geht es nicht weiter — Selbsthilfe tut not.

An das Schicksal der Landwirtschaft ist geknüpft das Wohl und Wehe des gesamten Landvolkes. Verelendet die Landwirtschaft, verelendet auch der Handwerker, der Gewerbetreibende, der Kaufmann. Sie alle sind des Landwirts Schicksalsgenossen.

Darum kommt alle zu unserer großen

Landvolk-Versammlung

(8. ordentliche Mitgliederversammlung)

am Freitag, den 3. Februar, nachmittags 2 Uhr, in das Schützenhaus zu Winsen (Luhe).

Ueber das **Gebot der Stunde** wird der Vorsitzende des Hannoverschen Landbundes, Herr Haldmeier Cord Cordes, Kirchlinteln, zu dem gesamten Landvolk sprechen.

Die Versammlung muß eine Notkundgebung werden und das gesamte Landvolk auf die Beine bringen. — Niemand darf hinterm Ofen bleiben. Bringt Eure Frauen und erwachsenen Kinder mit!

A. Meyn.

Kopf der „Winsener Zeitung"
Einladung zur Landvolk-Versammlung am 3. Februar 1928 in Winsen
Quelle: „Winsener Zeitung" Nr. 24, 28. Januar 1928.

Anschließend überreichte eine „verkleinerte Deputation" dem Landrat Otto von der Schulenburg in seinem Dienstzimmer eine Entschließung der Versammlung. Ihr Titel: „Wir fordern die Wiederherstellung der Rentabilität in den Betrieben der Landbevölkerung". Die folgenden detaillierten Ausführungen zielten vor allem auf eine Änderung der Steuer- und Wirtschaftspolitik und zum Teil auch der Sozialpolitik und trugen die Handschrift von Selbständigen. Das zeigt auch die Zusammensetzung der Delegation: Der Großgrundbesitzer Graf von Bernstorff/Junkerwehningen (Abgeordneter der Deutsch-hannoverschen Partei im Provinziallandtag), der Landwirt

und Gastwirt Hermann Reimers aus Bleckede[10] , der Kürschner Wallmann, Vorsitzender des Kreishandwerkerbundes aus Bleckede, der Hofbesitzer Rabeler aus Quickborn und der Vorsitzende des Pächter- und Siedlungsvereins Poppe aus Altwendischthun. Reimers hatte „bereits im Herbst 1927 die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein studiert".[11] Auch die Zeitung aus dem Nachbarkreis berichtete über Bleckede: „Nach einem ruhig und würdig verlaufenen Demonstrationszug marschierten die Massen in tadelloser Ordnung in sieben Staffeln auf dem Marktplatz auf." Reimers eröffnete die Kundgebung.[12] Gefordert wurden unter anderem die Einschränkung konkurrierender ausländischer Importe durch eine „grundsätzliche Schutzzollpolitik für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse", die Senkung oder Streichung einer Reihe von konkret genannten Steuern und Gebühren, darunter „die Abschaffung der Hauszinssteuer und der Gewerbesteuer auf dem Lande", der Erlass von Schulden und die Senkung der Zinsen für Kredite. Aufträge von Staat und Kommunen seien in erster Linie an das örtliche Handwerk zu vergeben.

Die Klage über „die Lasten der Erwerbslosenfürsorge" und den „Missbrauch der Fürsorgeeinrichtungen", die Kritik am „Meldewesen der Krankenkassen und der Arbeitsämter" und die geforderte „Sofortige Unterbindung der jetzigen hemmungslosen Ausgabewirtschaft in Reich, Staat und Kommunen" entsprachen aber kaum den Interessen von Arbeitern und Angestellten, selbst wenn bei der gewünschten „weitgehenden Entlastung aller ländlichen Berufe" auch „Arbeiter" genannt wurden. Eine Rückkehr zur Schutzzollpolitik des kaiserlichen Deutschland hätte vor allem städtische Arbeiter und Angestellte durch höhere Lebensmittelpreise belastet. In ihrer Summe stellten diese Forderungen, im Inhalt ähnlich den am 28. Januar in Schleswig-Holstein erhobenen, einen radikalen Angriff vor allem auf die aktuelle Weimarer Steuer- und Sozialpolitik dar. Dieses Programm konnte letztlich nur eine völlig andere parlamentarische Mehrheit in Preußen wie im Reich durchsetzen. Doch wie war das zu erreichen durch eine „Bewegung" ohne die Hilfe einer Partei? Die „Landvolkbewegung" hatte keine eingetragenen Mitglieder, die regelmäßige Beiträge zahlten.[13]

Der Bleckeder Landrat berichtete, nach der Radikalisierung der Landvolkbewegung bis hin zu den Bomben-Attentaten des Jahres 1929, rückblickend über die Bleckeder Demonstration: „Im letzten Augenblick" habe der Führer des Kreislandbundes, Graf von Bernstorff die Leitung an sich gerissen. so dass „alles ruhig verlief".[14] Unter ruhig verstand von der Schulenburg wohl, dass es zu keinen „gewaltsamen" Aktionen wie etwa einer Besetzung und Demolierung des Landratsamtes gekommen war. Doch es gab auch in „Nordhannover" schon 1928 „einheimische", radikalere Töne.

In Bremervörde, im benachbarten Regierungsbezirk Stade, tagte Ende Januar 1928 eine Deputierten-Versammlung des landwirtschaftlichen Hauptvereins für den Regierungsbezirk Stade unter dem Vorsitz des Zevener Landrates Freiherr von Hammerstein. Aus

10 Seiner Familie gehörte das Gasthaus „Brauner Hirsch". Es war Treffpunkt des „Bleckeder Sportklubs (BSK)" sowie der Mitglieder des Reit- und Fahrvereins Bleckede. Hermann Reimers war von 1949 bis 1953 Stadtdirektor in Bleckede, s. Walter Neumann, Bleckede in alten Ansichten, Bleckede 1991, S. 24.

11 Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Signatur Hann. 180, Lbg. III, Acc. XXX, Nr. 89, Landrat Bleckede an Reg. Präs., 6.11.29 – Alle in Folge nur noch mit „Nr. 89" belegten Dokumente stammen aus dieser Akte. Reimers nenne sich zwar „Hofbesitzer", monierte der Bleckeder Landrat später, sei es aber nicht. Er habe in eine Bleckeder Bürgerstelle mit ca. 40 Morgen Land eingeheiratet, die aber von ihm verpachtet sei. Die Gastwirtschaft gehe schlecht, weil er mit den Gästen sofort zu politisieren anfange. Sein Einfluss scheine abzuflauen, ein Kreistags-Wahlvorschlag sei nicht von Landwirten, sondern ausschließlich von Handwerkern unterschrieben, s. Nr. 89, LR an Reg.-Präs. Lüneburg, 7.11.29 – Dagegen ist zu halten, dass die Gastwirtschaft Treffpunkt bedeutender Bleckeder Sportvereine war (s. Anmerkung 10).

12 WIZ 7.2.28: „Das Landvolk demonstriert." Aus Poppe wird in diesem Bericht ein „Arbeiter". Die „Bleckeder Zeitung" ist zwar u. a. für die Jahre 1928-1933 auf Papier erhalten, doch die jetzigen Besitzer haben bisher eine Verfilmung verweigert.

13 Das beklagte auch Reimers in einer Landvolkversammlung, s. Nr. 89, Landjägereiamt Wittingen an LR Isenhagen-Hankensbüttel, 31.10.29.

14 Nr. 89, Landrat Bleckede an Reg. Präs., 6.11.29.

Anlass dieser Versammlung hielt der Bezirkslandbund eine außerordentliche Sitzung ab. „Hauptmann Meyer-Bremervörde berichtete über die Fühlungnahme mit der Bewegung in Oldenburg und Schleswig-Holstein … Nach eingehender Aussprache stellte der Vorsitzende, Herr Reichstagsabgeordneter Weidenhöfer, die einmütige Ansicht der Versammlung fest. Es wurde beschlossen, sich dem radikalen Vorgehen der Nachbarprovinzen anzuschließen, da die Landwirtschaft sich nur durch Gewaltmaßnahmen, in der heutigen Zeit der Herrschaft der Massen, wieder durchsetzen könne." Der Kreislandbund forderte von der übergeordneten Organisation der Provinz, dem Hannoverschen Landbund, „gewaltige Protestversammlungen gegen die, den Mittelstand vernichtende, Wirtschaftspolitik einzuberufen." Man werde in den Kreisstädten zusammen mit Handwerk und Handel Protestversammlungen abhalten.[15] Hier zeigt sich schon die radikalisierte, trotz aller „Volksgemeinschafts"-Ideologie im Kern antiegalitäre „Mittelstands"-Programmatik, wie sie in der „Landvolkbewegung" vorherrschen und sich mit anderen antirepublikanischen Strömungen verschmelzen sollte.

Der im sozial dominanten Teil des ländlichen Milieus angesehene Hofbesitzer und Klostergutpächter Georg Weidenhöfer war von 1924-1928 Reichstagsabgeordneter der *Deutschvölkischen Freiheitsbewegung*. Er trat am 1.4.1929 in die NSDAP ein, wurde 1930 stellvertretender Gauleiter für Osthannover und 1932 für diese Partei als Abgeordneter in den Preußischen Landtag und in den Reichstag gewählt. Im Zuge der Faschisierung des Hannoverschen Landbundes rückte er 1932 in dessen Vorstand auf.

Die gehasste „Herrschaft der Massen", eine Demokratie mit egalitären Tendenzen, konnte letztlich nur mit Hilfe einer Partei überwunden werden, einer Organisation, die Massenbasis bot und zugleich auch durch ihr straffes Führerprinzip radikal antiegalitär war: die NSDAP.

Landrat Freiherr von Hammerstein war Mitglied der DNVP und wurde wegen seiner offen republikfeindlichen Einstellung 1930 vom Oberpräsidenten der Provinz Hannover gemaßregelt und in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Schon früh versuchte die NSDAP im „Landvolk" Fuß zu fassen. Anfang März 1928 fand in Winsen eine Landvolkversammlung statt. Sie war einberufen „von Persönlichkeiten aus der Provinz Schleswig-Holstein, die der Hitlerbewegung nahestehen" meldete der Lüneburger Regierungspräsident den Ortspolizeibehörden des Bezirkes.[16]

Aktive Unterstützung fand die Landvolkbewegung bei vielen Jungbauern.[17] Im Kreis Winsen verortete der Landrat die Hauptanhänger der Landvolkbewegung in der Marsch, die einen größeren Teil des Kreises ausmachte. Der Lüneburger Regierungspräsident Christian Herbst, SPD-Mitglied, sah hier aber die Bewegung durch einen starken Kleinpächterbund blockiert.[18] Dieser Bund stand politisch SPD und DDP nahe, daher wohl die auf Dauer unbegründete Zuversicht von Herbst. Die Kleinpächter meldeten sich im Regie-

15 WIZ 28.1.28, „Gewitterwolken" S. a. unter „Gewitterwolken" vom 2.2.28: „Der Landbund Zeven zur augenblicklichen Lage".

16 Verfügung vom 28.3.1928, s. Stegmann, S. 151.

17 Nr. 89, LR Soltau an Reg.-Präs. Lüneburg, 30.1.30 und LR Winsen an dito, 23.1.30.

18 ebd. 23.1.30 und Stegmann, Radikalisierung, S. 154.

rungsbezirk zwar als Opposition gegen die Landvolkredner und den Rechtskurs der Kreislandbünde, aber die „Hofbesitzer", darunter auch die eher wohlhabenden Marschbauern, gaben ökonomisch, gesellschaftlich und damit auch politisch den Ton an.

Wahlkampf und Wahlen 1928. Parteipolitisches Ziel der Landvolk-Angriffe war vor allem die SPD. Sie regierte zwar in Preußen, aber nicht im Reich. Dort saß die DNVP in der Regierungskoalition und war also mitverantwortlich für die Agrarpolitik. Darauf wies der Lüneburger Regierungspräsident in einer Rede vor dem Winsener Ortsverein der SPD hin. In einem langen „Offenen Brief", den die WIZ abdruckte, antwortete das Mitglied des Bleckeder Landvolk-Ausschusses, der Auktionator Werner Schulze, der Regierungspräsident habe es leider für notwendig gehalten, „die Klassengegensätze noch ganz besonders aufeinander zu treiben". Die Linkskoalition in Preußen habe in vielen Fällen die Reichspolitik blockiert.[19] Schulze war Geschäftsführer des Kreisvereins der Deutsch-hannoverschen Partei.

Zunächst waren die nationalen und preußischen Weichen nicht in die von der Landvolkbewegung gewünschte Richtung gestellt. Nach der Reichstagsauflösung Ende März kam es am 20. Mai 1928 zu Neuwahlen im Reich und in Preußen. Im vorangehenden Wahlkampf standen die politischen Parteien im Mittelpunkt regionaler Zeitungsberichte. Fast alle für die Jahre 1928 bis 1933 untersuchten Kreis- und Heimat-Blätter warben vor Wahlen massiv für eine hohe Wahlbeteiligung.[20] Die umfangreiche Werbung der politischen Parteien im Anzeigenteil brachte ihnen willkommene Zusatzeinnahmen, die von Berichten über lokale Parteiversammlungen begleitet wurden. Die Auswertung der archivierten Zeitungen des Reichstagswahlkreises Osthannover zeigt die Bedeutung der Anzeigen für die Beachtung der Parteien und politischen Verbände. Hatte die Partei eine (Wahl-) Versammlung im Anzeigenteil (größer) angekündigt folgte in der Regel ein Bericht im redaktionellen Teil. Die Landvolkbewegung à la Schleswig-Holstein verfügte nicht über die finanziellen und strukturellen Mittel der größeren Parteien und kam bei den Wahlen 1928 im Regierungsbezirk in der Zeitungs-Öffentlichkeit von Stadt und Land der Kreise kaum mehr zum Zuge.

Das Gesamtergebnis der Reichstagswahlen in Osthannover deutete (noch) nicht auf eine Radikalisierung hin. Die SPD legte zu und zwar von 28,1 auf 32,8 Prozent und wurde damit die weitaus stärkste Partei vor der Deutsch-hannoverschen Partei (DHP) mit 19,1 und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) mit 10,5 Prozent. Die DHP hatte gegenüber der vorangegangenen Wahl 5,5% verloren. Förmlich eingebrochen aber war die DNVP, die im Dezember 1924 noch 20,8 Prozent erzielt hatte. Viertgrößte Partei wurde die neue CNBL mit 6,4 Prozent. Sie zog von der DNVP und der DHP Stimmen ab und hatte auf dem Land einige Hochburgen. So lag sie zwar in der Stadt Winsen weit abgeschlagen hinter der führenden SPD an achter Stelle, in vielen Dörfern des Landkreises aber stellte sie die

19 WIZ 5.3.28 – Regierungspräsident ist hier noch (bis 1928) Hermann Lüdemann, SPD. Er wurde 1947 der erste Ministerpräsident Schleswig-Holsteins.

20 Beispielhaft dafür die Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide, 18.5.28, an leitender Stelle: „Wahlrecht-Wahlpflicht." von Herbert Hünecke; Sonnabend, 19.5. [also einen Tag vor der Wahl] quer über die 1. Seite die Schlagzeile: „Morgen wird das Recht zur Pflicht: Wähle Deutscher! Schlafe nicht!", 19.5. Beiblatt, eine große Karikatur: „Wähle, Michel! Schlafe nicht!". Auf anderen Seiten dieser mit Wahlanzeigen gespickten Ausgabe stehen auch noch zwei eingerahmte kleinere Kästchen mit der Aufforderung, einmal davon auch speziell an Frauen, wählen zu gehen. s. a. Winsener Nachrichten 5.5.28, S. 1: „Der Nichtwähler".

Rechte Seite:
Flugblatt zum „Aufklärungs-Vortrag" in Bleckede am 28. April 1929
Quelle: HStA Hannover, Hann. 180, Lbg. III, Acc. XXX, Nr. 89.

stärkste Partei.[21] Die NSDAP erzielte, zusammen mit dem Völkisch-Nationalen Block, im Regierungsbezirk Lüneburg nur 2 Prozent, in Stade 2,2 Prozent.[22] In einigen Gebieten des Regierungsbezirkes zeigte sich die NSDAP aber schon stärker. Im Gesamtkreis Uelzen (Stadt und Land) zum Beispiel.wurde sie die viertstärkste Parte mit 8,3 Prozent der abgegeben Stimmen.[23] Hier lag sie in einigen Dörfern sogar auf Platz zwei. Hermann Reimers hatte für die „Landvolk- und Mittelstandsliste (Völkisch-Nationaler Block)" auf Platz 3 des Wahlvorschlags für Osthannover zum Landtag kandidiert.[24]

Ab Ende Juni des Jahres stellte die SPD in einer großen Koalition mit bürgerlichen Parteien zum ersten Mal seit 1920 wieder den Reichskanzler. Damit war das parteipolitische Feindbild der Landvolkbewegung vollendet.

Die „Bewegung" war nicht am Ende. In periodischen Wellen rollte sie, nicht zuletzt mit Hilfe ihrer Redner aus Schleswig-Holstein, in die Öffentlichkeit von Osthannover. 1929 förderte die sich weiter verschärfende Agrarkrise ihre Resonanz.

Anfang März 1928 hatte der Lüneburger Regierungspräsident Lüdemann dem preußischen Innenminister Grzesinski berichtet: „In Übereinstimmung mit sämtlichen Landräten meines Bezirks halte ich die Lage zur Zeit weder für gefährlich noch für gespannt. Es handelt sich in meinem Bezirk im Wesentlichen um eine ruhige bäuerliche Bevölkerung, die Besonnenheit zu bewahren versteht und die Einflüssen einer rücksichtslosen Agitation nur schwer oder doch nur sehr langsam zugänglich ist." Allerdings sei die Lage der Landwirtschaft „außerordentlich ernst." Lüdemann schloss seinen Bericht: „Die Haltung der Presse, auch der Kreisblätter, hat hier zu Beanstandungen keinen Anlass gegeben."[25] Dieser Einschätzung liefen schon bis März 1928 die ländlichen Proteste zuwider.

Das Klischee vom ruhigen Landmann findet sich noch länger in einigen analytisch schwachen Berichten von Landräten.[26] Und wenn viele Bauern doch unruhig wurden, dann waren sie „an sich ruhig", aber nur einer Agitation erlegen. So deutete der Landrat von Bleckede die Kundgebung vom Februar 1928 anderthalb Jahre später um, wenn er schreibt, es seien „die ruhigen Landwirte der deutschhannoverschen Partei" gewesen, die seinerzeit in der Kreisstadt „die große Bleckeder Landvolkkundgebung veranstaltet haben". Nun sei der Verfassungstag (11. August 1929) „ruhig verlaufen". Die „Beteiligung der Bevölkerung war ein Vielfaches gegenüber den Vorjahren, nur die Landwirtschaft hielt sich mit wenigen Ausnahmen vollständig fern."[27] Die Landwirtschaft des ländlichen Kreises Bleckede mit einem „nur" zu etikettieren verkennt die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse. Von den 19 950 Einwohnern des Kreises[28] lebten nur rund 2350 in der Kreisstadt, die anderen 17 600 in Dörfern.

Am Morgen des 11. August hatte ein Flugblatt, gezeichnet „Landvolkbewegung Bleckede", verbreitet durch Maueranschlag und „Zerstreuen auf den Straßen", erklärt: „Jeder Vergleich kann uns Deutschen nur die **Ruckkehr zur Monarchie** erwünscht machen,

21 WIN 22.5.28, Beilage. Nimmt man Winsen-Stadt und Land zusammen, so lag die CNBL mit 3.206 Stimmen an zweiter Stelle, hinter der SPD (3.552), aber deutlich vor der drittplazierten DHP (2.604).
22 Günther Franz, Die Entwicklung der politischen Parteien in Niedersachsen im Spiegel der Wahlen 1867-1949, Bremen-Horn 1951, S. 56.
23 Berechnung nach AZ 21.5.28.
24 Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 3. Wahlperiode (von 1928 ab), Berlin 1928, S. 380 und Anzeigen in WIN 15.5.28, Reimers spricht in den Dörfern Egestorf und Hoopte zum Thema „Die Not der Landwirtschaft und die kommenden Wahlen" und WIN 18.5.28, Reimers spricht in Rönne. Nach Nr. 89, LR Bleckede an Reg.-Präs., 13.8.29, war Reimers 1929 Leiter des Gaues Hannover-Ost der Deutsch-völkischen Freiheitsbewegung.
25 Stegmann, Politische Radikalisierung, S. 146-149.
26 Der Uelzener Landrat spricht noch Ende Oktober 1929 von der „hiesigen etwas schwerfälligen Bevölkerung", bei der Versammlungen und Werbezettel „nicht allzu viel Erfolge zeitigen." (s. Nr. 89, LR Uelzen an Reg.-Präs. Lüneburg, Oldenstadt, 21.10.29) – Das war eine krasse Fehleinschätzung.
27 Nr. 89, LR Bleckede an Reg.-Präs., 13.8.29.
28 Angabe in Jeetzel-Zeitung, 16.11.29: „Die Hauszinssteuer im Regierungsbezirk Lüneburg" (für 1929).

An die Einwohnerschaft des Kreises Bleckede!!

Jahrelange Versprechungen, alle Parteipolitik, Eingaben und Protestkundgebungen haben bisher nichts an der großen Not des Volkes geändert. Innere und äußere Feinde sind Ausbeuter unserer Schwäche. Von Tag zu Tag verschlechtert sich die Lebenslage des deutschen Volkes. Nur eine einige Bewegung kann vor vollständigem Ruin bewahren. Schleswig-Holstein ist führend vorangegangen. Der Verwaltungsapparat hat nichts für die Rettung getan, sondern versucht, den Freiheitskampf zu ersticken, und die Zeitungen entstellen ihn. Wir wollen die Wahrheit. Darum kommt zum

Aufklärungs-Vortrag

am Sonntag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr, in Dittmers Hotel, Bleckede.

Ein Schleswig-Holsteiner spricht über Landvolkbewegung und den Beidenflether Prozeß!

Wir wollen unsere Feinde erkennen, wollen die väterliche Scholle und das deutsche Volksvermögen erhalten, wollen nicht kampflos zu Grunde gehen. Eine geschlossene deutsche Front, ohne Standes- und Parteiunterschied, erringt uns den Sieg.

Kommt, hört und helft!

die Rückkehr zu nationalen Feiertagen, wie es der Reichsgründungstag und der Sedanstag sind. **Heute triumphiert das judische Großkapital, dem das deutsche Volk Wucherzinsen zahlen muss** … Der Tag, an dem dieses System und damit die Herrschaft der Juden, Jesuiten und Freimaurer fallen wird, wird in Wahrheit ein Feiertag des deutschen Volkes werden, der einstmals mit Inbrunst begangen werden wird." (Fettdruck im Original[29])

1929: Die Welle der Landvolk-Werbung. Anfang März 1929 hatte die Landvolkbewegung einen größeren Auftritt im Winsener Bahnhofshotel.[30] „Hofbesitzer" Luhmann aus Clues bei Handorf (Kreis Winsen) eröffnete die Versammlung und kündigte zwei Redner aus Schleswig-Holstein an, „die den weiten Weg nicht gescheut hätten, um hier Aufklärung zu geben über die Vorgänge in ihrer Heimat". Die *Winsener Nachrichten* berichteten ausführlich. „Hofbesitzer" Wilhelm Hönck aus dem Kreis Eiderstedt hielt seine Rede in Plattdeutsch und erklärte: „Zum ersten male ist Besuch im Hannoverlande aus Schleswig-Holstein, um Aufklärung zu bringen". Ein Schwerpunkt der Rede waren die wirtschaftlichen Nöte der Landwirte, die mit einer kruden Verschwörungstheorie erklärt wurden. Am Weltkrieg hätten „die Freimaurer und die Juden Schuld", „ebenso an der Inflation wie der nachfolgenden Deflation. Die Weisen von Zion hätten heute die Macht in Händen." Das deutsche Volk „leide unter den machtvollen Einflüssen des überstaatlichen internationalen Judenkapitals, sowie unter den Einflüssen der Freimaurer".

In der Aussprache nach den Reden meldete sich der Geschäftsführer des Hannoverschen Kleinbauern- und Pächterbundes im Kreis Winsen, Kurt Gellert, und widersprach den antisemitischen „Märchen", auch dem von den Weisen von Zion. „Das glaube heute kein Mensch mehr." Gellert, SPD-Mitglied (was die WIN nicht notierten), formulierte die Gegensätze zwischen größerem Besitz und kleiner Pacht: „Mit der sozialen Fürsorge stehe und falle der kleinbäuerliche Betrieb, der auf die Vorzüge der Sozialversicherung nicht verzichten könne. … Von einer Notlage der Großbetriebe, die Pachteinnahmen haben, könne nicht geredet werden, wohl aber von einer Notlage der Pächter, die zwar nicht Sklaven des jüdischen Kapitals, sondern Pachtsklaven der Verpächter seien."[31] Der Geschäftsführer des Kreislandbundes Winsen fragte die Einberufer der Versammlung, Vick und Luhmann, warum sie nicht Mitglied des Landbundes seien. Dort sei die „Notlage der Landwirtschaft" – hier setzte er einen anderen Akzent als Gellert – schon in vielen Versammlungen besprochen worden. Es kam dann „zu persönlichen Auseinandersetzungen" zwischen Landbund-Vertreter und Luhmann. Und das amtliche Kreisblatt WIN schloss wertend: „Die Einberufer der Versammlung dürften diese kaum als Erfolg für ihre Sache buchen, denn die Landwirtschaft des Kreises Winsen hat bewiesen, dass sie zu ihren altbewährten Organisationen Vertrauen hat."

In der Winsener Zeitung wird diese Diskussion nur mit dem inhaltsleeren Satz umschrieben: „An die Vorträge schloss sich eine z.

29 Nr. 89, LR Bleckede an Reg.-Präs., 13.8.29, Anlage: „Aufruf!"

30 WIN 8.3.29, Rubrik „Aus der Heimat" – WIZ 8.3.29: „Die Schleswig-Holsteinische Landvolkbewegung. Ihre Ziele und ihr Weg".

31 Zum späteren schweren Konflikt Gellerts mit den Nationalsozialisten s. Dirk Stegmann (Hrsg.): Der Landkreis Harburg 1918-1949. Gesellschaft und Politik in Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur. Hamburg 1994, S. 139 und S. 222 f.

T. lebhafte Aussprache an." Die Argumente Gellerts und des Landbundvertreters werden so gestrichen. Dadurch ist der Bericht insgesamt kürzer, obwohl er die Kritik der Redner an der ökonomischen Lage der Bauern detaillierter schildert. So war von „Enteignung" und „kalter Sozialisierung" die Rede. Die Verschwörungstheorien erschienen hier, quantitativ und qualitativ, abgemildert. Die WIZ berichtet weiter über die Ablehnung der politischen Parteien, die der Redner „allesamt von Rechts bis Links grundsätzlich bekämpft." In ihrem Bericht aus der „sehr gut besuchten" Versammlung klingt insgesamt ein positiver Ton an. Die beiden Redner erhalten dort „stürmischen Beifall" (Hönck) und „starken, anhaltenden Beifall" (Petersen als Schlussredner). In den WIN wird nach der ersten Rede kein Beifall genannt, nach der zweiten Rede nur „Beifall". So gibt es in der Berichterstattung der Kreisblätter die für den Leser versteckten Mittel, um Sympathie-Akzente zu setzen oder auszulassen. Damit hängt man sich nicht allzu weit aus dem Fenster, bedient aber politische und ökonomische Interessen, auch die eigenen.

Der Winsener Landrat Horst von Windheim behauptete in einem Bericht an den Regierungspräsidenten, die Einberufer der Versammlung „stehen der Hitler-Bewegung nahe". Der Besuch sei zwar gut gewesen, „vorwiegend allerdings wohl von Neugierigen". Er habe nicht den Eindruck, dass die Landvolkbewegung im Kreise „Bedeutung gewinnen wird".[32] Solche abwiegelnden Einschätzungen mit dem Verweis auf „Neugierige" gibt es auch in Berichten anderer Landräte. Gerade aber Neugierige, also im Sinne der Veranstalter politisch noch nicht festgelegte, können beeinflusst werden. Erschienen nur feste Anhänger der Bewegung, wäre das Ziel der Werbung verfehlt.

Die nächste, mit etwa 260 Personen gut besuchte Versammlung organisierte das „Landvolk" Ende April im Hotel Rabeler in Bleckede. Am Rednertisch saßen acht Aktivisten aus der unmittelbaren Region. Darunter waren drei als „Hofbesitzer" ausgewiesen. Hinzu kamen zwei Handwerksmeister, ein Auktionator (der schon erwähnte Werner Schulze), ein Molkereibesitzer (Rudolf Stamer), ein Gastwirt (Reimers) und zwei Personen ohne Berufsbezeichnung.

Der Bericht des Landjägermeisters schließt: „Sämtliche Redner haben sachlich gesprochen und auf keine Partei geschimpft. Beleidigungen sind nicht vorgekommen." Der Landwirt Hönck aus Holstein hatte allerdings laut Landjäger-Protokoll erklärt: „Der Zusammenbruch würde doch kommen. Ein Bauer hätte gesagt, dieses System sei ein Satanssystem und sei freigesprochen. Das System müsse geändert werden. Durch Arbeit zur Freiheit !"[33]

Zwei Wochen später luden SPD-Mitglieder in Bleckede zu einer Antwort auf die Landvolkversammlung ein. Es erschienen nach Schätzung des Landjägers etwa 350 bis 400 Personen, die teils SPD-, teils Landvolk-Anhänger waren. Die SPD-Vertreter verteidigten die sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik. Themen wie Pachtschutz und Unterstützung der Erwerbslosen zielten dabei nicht auf die Interessen der größeren Hofbesitzer. Die in einer folgenden frei-

32 Nr. 89, LR Winsen an Reg.-Präs., 16.3.29.

33 Nr. 89, Landjägereiamt Bleckede an LR Bleckede, 28.4.29.

Aufruf!

An alle guten Deutschen!

Der Verwaltungsapparat der derzeitigen Republik bemüht sich krampfhaft anläßlich der 10. Wiederkehr des Verfassungstages einen ganz besonderen Eindruck durch möglichst viel Veranstaltungen mit allem Tamtam und großer Reklame zu machen. Es muß festgestellt werden, daß es dem **ehrlichen, bodenständigen deutschen Volke außerordentlich schlecht geht, wirtschaftlich sowohl wie kulturell.** Die Aussichten, die uns die Politik dieses Systems im Innern und Außen bietet, sind noch weit schlechter, als die Gegenwart. **Schwerste Versklavung bis zum Jahre 1988 droht uns.** Der weitere **Verlust deutschen Landes** ist heute bereits abzusehen. Im Innern wird jeder aufrechte nationale Kämpfer verfemt und bedrückt. Man läßt die Hölz und Barmat laufen, währenddessen verdienstvolle Soldaten hinter Zuchthausmauern schmachten. Jeder Vergleich kann uns Deutschen nur die **Rückkehr zur Monarchie** erwünscht machen, die Rückkehr zu nationalen Feiertagen, wie es der Reichsgründungstag und der Sedanstag sind.

Heute triumphiert das internationale jüdische Grosskapital, dem das deutsche Volk Wucherzinsen zahlen muss,

bis es restlos enteignet sein wird. Ein Grund zum Feiern liegt wahrhaftig nicht vor, innere und äussere Feinde triumphieren über uns.

Es ist deshalb am 11. August wohl angebracht, daß alle diejenigen, die diesem System ablehnend gegenüberstehen, sich erneut verbunden fühlen in dem Kampfwillen

für Deutschlands Befreiung
und in der Erhaltung
des freien deutschen Menschen.

Der Tag, an dem dieses System und damit die Herrschaft der Juden, Jesuiten und Freimaurer fallen wird, wird in Wahrheit ein Feiertag des deutschen Volkes werden, der einstmals mit Inbrunst begangen werden wird.

Lasst die Lauen und Flauen, die Vaterlandslosen, den Weimarer Verfassungstag des deutschen Unglücks feiern, jener Verfassung, die nicht hält, was sie verspricht.

Darum auf zum Kampf!

Wir wollen ein Deutschland der Einigkeit, des Rechtes und der Freiheit,
ein Deutschland hoch in Ehren!

Lieber dood, as Sklav'!

Landvolkbewegung Bleckede.

en Aussprache zu Wort kommenden Landvolkanhänger wiederholten, wenn man dem Bericht des Landjägers vertraut, einen Teil ihrer allgemeinen ideologischen Versatzstücke und zeigten kaum faktengestütztes, analytisches Niveau.[34]

Die ländliche, politisch nach rechts gerichtete Radikalisierung im Sommer und Herbst 1929 ist nicht zu erklären ohne andere, einrahmende und mitschwingende öffentliche Agitationen und soziale Bewegungen.

Am 15. Juni 1929 beschloss der Vorstand der DNVP einstimmig die Einleitung eines Volksbegehrens für ein Gesetz gegen den Young-Plan. Der „Young-Plan" sollte die Reparationen neu regeln, die als Folge des Versailler Vertrages vom Deutschen Reich zu zahlen waren. Im Juli entstand der „Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren". In seinem Präsidium saßen unter anderen die Stahlhelm-„Führer" Seldte und Duesterberg, Martin Schiele vom Präsidium des Reichslandbundes (1927-1928 DNVP-Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft), Alfred Hugenberg (Vorsitzender der DNVP), Adolf Hitler und Fritz Thyssen (Aufsichtsratvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie). Hier zeichnete sich schon die spätere „Harzburger Front" ab. Auch die „Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei" unterstützte das Plebiszit. Hugenberg nutzte den von ihm kontrollierten Medienkonzern zu einer intensiven, oft demagogischen Werbung für die Abstimmungen.[35]

Vor Ort in Osthannover verband sich die konkrete Agitation für das Volksbegehren mit massiven Angriffen fast aller Rechtskräfte auf die Republik im Allgemeinen und die regierende SPD im Besonderen. Eine weitere Politisierung setzte ein, auch auf dem Lande.

Der Landrat für den Kreis Uelzen berichtete über eine „ungewöhnlich lebhafte Tätigkeit" des Stahlhelms und der NSDAP für das Volksbegehren. „Werbetrupps zogen von Dorf zu Dorf und Haus zu Haus, um Anhänger zu finden. Auch der Landbund entwickelte eine starke Tätigkeit. Das hat zur Folge, dass jetzt überall ein starker politischer Kampf eingesetzt hat."[36] Die Listen zur Unterschrift für das Volksbegehren lagen vom 16. bis zum 29. Oktober öffentlich aus. Wer sich nicht mit „Ja" eintrug, hatte praktisch „Nein" gewählt. Das Volksbegehren war knapp erfolgreich. Nach der Ablehnung des Gesetzes durch die Reichstagsmehrheit scheiterte der anschließende Volksentscheid am 22. Dezember. 50 Prozent plus eine Stimme aller Wahlberechtigten hätten jetzt „Ja" sagen müssen. Reichsweit stimmten rund 14 Prozent zu. Nach Pommern, Ostpreußen und Mecklenburg lag Osthannover mit 26 Prozent aller Stimmberechtigten an vierter Stelle der Ja-Stimmen, im Bezirk Lüneburg waren es 24 Prozent, in Stade 29 Prozent.[37] In Winsen-Stadt lag die Zustimmung bei 18 Prozent, in den Dörfern des Kreises Winsen oft über 40 Prozent. Orte mit Spitzenergebnissen für Volksbegehren und Volksentscheid wurden in den kommenden Jahren meist zu Hochburgen der Prozent NSDAP. Die große Mehrheit der Kreisblätter in den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade gab den Plebisziten eine breite

Linke Seite:
Maueranschlag: „Aufruf an alle guten Deutschen" vom 11. August 1929
Quelle: Ebda.

34 Nr. 89, Landjägereiposten Bleckede an LR Bleckede, 12.5.29. Es sprach auch Kurt Gellert.

35 Zur reichsweiten Agitation für das Volksbegehren s. Klaus Wernecke/Peter Heller, Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg, Pressemacht und Nationalsozialismus. Hamburg 1982, S. 147-153.

36 Nr. 89, LR Uelzen an Reg.-Präs. Lüneburg, Oldenstadt, 21.10.29.

37 Günther Franz, Die politischen Wahlen, S. 58.

Resonanz. In vielen nicht selten großflächigen Anzeigen warben die regionalen Unterstützer für die Abstimmungen. Eine Reihe von Honoratioren aus Stadt und Land saßen in einem der zahlreichen auf lokaler oder regionaler Ebene gebildeten Agitationszentren, einem „Ausschuss für das deutsche Volksbegehren". Nur eine Minderheit der Zeitungen lehnte Volksbegehren und Volksentscheid ab. Viele berichteten zwar vordergründig neutral, oft genug aber mit einer positiven Konnotation und verklausulierter Bejahung. Und eine größere Gruppe unterstützte ohne Umschweife ein Ja bei den Abstimmungen. Einige amtliche Kreisblätter warben so direkt dafür, dass ihnen die Regierungspräsidenten die amtlichen Anzeigen entzogen.[38]

Der in Osthannover unter den Hofbesitzern und städtischen Honoratioren stark verankerte „Stahlhelm" trug zur publizistischen Beachtung bei. So berichteten auch beide Winsener Zeitungen ausführlich und mit Symphatie über dessen Versammlungen. Die WIZ titelte im September 1929: „Stahlhelmtag in Lüneburg. 3000 Feldgraue marschieren auf – Politische Rede Duesterbergs – Er warnt Regierung und Reichsbanner !"[39] Den Bericht zeichnete Erich Brandt, der verantwortliche Redakteur des Blattes. Zwei Prominente gaben der Lüneburger Stahlhelm-Tagung „ihr markantes Gepräge": der zweite Bundesführer, Oberstleutnant a. D. Duesterberg und Prinz August Wilhelm von Preußen. „Nach schneidigen Märschen der Stahlhelmkapelle begrüßte Gauführer Rechtsanwalt Dr. Bähring-Winsen die Versammlung und die Ehrengäste, unter denen sich auch Bürgermeister a. D. von Somnitz-Winsen befand." Duesterberg warb für das Volksbegehren. Der Young-Plan bedeute „eine Versklavung Deutschlands bis 1988".

Der Kampf um das Volksbegehren war in den Zeitungen Osthannovers über die Monate dominanter als das Thema Landvolkbewegung. Das gilt auch für die „eigenen", die Kreis-Berichte. Dennoch griffen die Landvolk-Redner das Thema auf und bejahten das Plebiszit. Sie sahen es weniger als Konkurrenz ihrer Anliegen, sondern mehr als Verstärker des von ihnen gewünschten politischen Rechtstrends und es kam ihrer außerparlamentarischen Opposition entgegen. „Die Landvolkbewegung stellt keine Organisation mit eingeschriebenen Mitgliedern dar. Sie ist eine Bewegung, die ständig im Fließen ist." betonte die Wittinger *Niedersächsisch-Altmärkische Rundschau* im Oktober 1929.[40]

Eine weitere, für die Ausbreitung der Landvolkbewegung auf den ersten Blick nur negative Einrahmung waren die Sprengstoffattentate. Im Frühjahr und Sommer des Jahres verübten militante Aktivisten des „Landvolks" eine Reihe von Anschlägen auf Verwaltungsgebäude der preußischen Regierung. Am 10. Juli wurde durch ein „Sprengstoff-Attentat" auf das Landratsamt Niebüll „eine Wand des Gebäudes zum Einsturz gebracht", wie ein „eigener Drahtbericht" der Winsener Zeitung auf Seite 1 meldete.[41] Anfang September explodierte eine Bombe im Lüneburger Regierungsgebäude. „Regierungspräsident Dr. Herbst, der über dem stark gefährdeten Torbogen schlief, blieb unverletzt." berichtete die AZ.[42] Dennoch meldete der

38 s. Klaus Wernecke, Die Provinzpresse am Ende der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle der bürgerlichen Tageszeitungen am Beispiel der Region Osthannover. In: Presse und Geschichte II. Neue Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung. München 1987, S. 380 ff.

39 WIZ 9.9.29, S. 2.

40 NAR 31.10.29: „Schleswig-Holsteinische Bauernbewegung."

41 WIZ 10.7.29 – Die Meldung wurde am 11.7. auf Seite 2 wiederholt, „weil nur in einem Teil unserer gestrigen Auflage enthalten".

42 AZ 6.9.29, Schlagzeile S. 1: „Ein neues Bombenattentat in Lüneburg."

Lüneburger Regierungspräsident im Oktober 1929 den Landräten seines Bezirkes (wieder): „Die 'Landvolkbewegung' hat aus der Provinz Schleswig-Holstein in den Regierungsbezirk Lüneburg übergegriffen." Zwar sei der von ihren Führern vor einigen Monaten im Kreise Winsen unternommene Versuch erfolglos geblieben, doch hätten „in den letzten Wochen wieder mehrere Versammlungen stattgefunden und anscheinend beabsichtigen die Führer, insbesondere der Gastwirt Reimers in Bleckede, die Bewegung im Regierungsbezirk Lüneburg weiter zu treiben". Polizeiliche Maßnahmen genügten nicht zur Bekämpfung der Bewegung, „die maßlose Verbitterung in die Bevölkerung trägt, und Hass und Feindschaft gegen den Staat predigt", sondern die Landräte sollten „auch durch Aufklärung und Appell an das Verantwortlichkeitsgefühl Ihrer Kreiseingesessenen einen geistigen Wall" entgegensetzen. „Auch wird es sich sehr empfehlen, wenn die Herren Landräte, wie dies in früheren Zeiten auch geschehen ist, die ihnen ja offenstehenden Spalten der amtlichen Kreisblätter benutzen, um durch Aufsätze und Artikel die Politik der Staatsregierung zu vertreten."[43]

Der Pressereferent des Lüneburger Regierungspräsidenten verfasste einen Enthüllungsartikel über die Gelder der Landvolkbewegung mit dem Titel „Betrogene und Betrüger".[44] Er erschien in mehreren Zeitungen. Die Itzehoer Tageszeitung Das *Landvolk* konterte mit einer Zeitungsanzeige unter dem Titel „Lumpen und Verleumder".[45] Die um gute Kontakte zur Lüneburger Regierung bemühten *Lüneburgschen Anzeigen* druckten den Artikel mit der lapidaren Einleitung „Uns wird geschrieben".[46] Das *Isenhagener Kreisblatt* brachte den Regierungs-Aufsatz mit der Einleitung „Das Landratsamt Isenhagen-Hankensbüttel ersucht um Aufnahme nachstehenden Artikels".

Damit war der Lüneburger Pressepolitik die Spitze abgebrochen. Die *Niedersächsisch-Altmärkische Rundschau* spießte den Vorgang auf, druckte den Regierungsartikel in ganzer Länge und sprach von einem „elenden Machwerk" und einer „von Hass und Furcht gezeugten Spottgeburt eines dürftigen Schreibergehirns. … Dieser beispiellose Schritt stempelt den ganzen Vorgang zu einem amtlichen Unternehmen hinter dem das 'Isenhagener Kreisblatt' verschämt Deckung nimmt".[47] Landrat Waldemar Ritzler veröffentlichte als Antwort eine amtliche Erklärung, die unter anderem in der welfischen *Niedersächsischen Volkszeitung* in Uelzen erschien und erklärte: Der Aufsatz Betrogene und Betrüger „ist mir von der Pressestelle der Regierung in Lüneburg zur Weitergabe an die Presse zwecks Aufklärung der Bevölkerung … zugegangen. Diesem Auftrage habe ich … entsprochen". Es erübrige sich deshalb, auf die „persönlichen Angriffe" in der *Niedersächsisch-Altmärkischen Rundschau* einzugehen.[48] Dieses öffentliche Bekenntnis war, nach den Begriffen der Verwaltung in dieser Zeit, ein Akt der Illoyalität gegenüber Regierungspräsident Herbst. Einer späteren Regierung zeigte Ritzler sich loyaler, er trat am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein und war von 1934 bis 1944 Landrat im Landkreis Harburg.

43 Stegmann, Radikalisierung, S. 152, Verfügung an die Landräte des Bezirks vom 15.10.1929.

44 Nr. 89, Notiz vom 7.11.29, s. a. den Aufsatz „Die Hamkens Aktien, ein dunkles Kapitel der Landvolkbewegung", „Nur ohne Quellenangabe zu veröffentlichen."

45 Das Landvolk (Lüchow), 13.11.29. – Hier werden drei Zeitungen genannt, die den Regierungsartikel veröffentlichten: Lüneburgsche Anzeigen, Cellesche Zeitung und Lüchower Kreiszeitung. Die genaue Zahl der Zeitungen, die diesen Artikel veröffentlichten, konnte hier nicht festgestellt werden.

46 LA 26.10.29, 2. Blatt – Der Hamburger Anzeiger, 30.10.29, druckte den Artikel mit dem Hinweis „aus zuverlässiger Quelle".

47 NAR 2.11.29: „Niedriger hängen! Das Landratsamt Arm in Arm mit dem 'Kreisblatt' gegen die Landvolkbewegung" s. IHK 31.10. 29: „Betrogene und Betrüger".

48 Niedersächsische Volkszeitung (Uelzen), 5.11.29, 2. Blatt, Amtlicher Teil.

Rechte Seite:
„An das Landvolk des Regierungsbezirks Lüneburg": Flugblatt von Anfang Oktober 1929 zur Landvolkversammlung in Uelzen
Quelle: Ebda.

Herbst entschloss sich dann, Zeitungsredaktionen offen, mit seiner Unterschrift als Regierungspräsident anzuschreiben und Aufsätze „mit der Bitte um Aufnahme in Ihrem Blatt" vorzulegen.[49]

In der politischen Radikalisierung des Regierungsbezirkes schrumpfte der Einfluss des Regierungspräsidenten und seiner Pressepolitik auch bei einer Reihe von „amtlichen" Kreisblättern zusehends. Das gilt ebenso für einen Teil seiner Landräte, der nur noch zu einer formalen Intervention zum Schutz der „Staatsautorität" bereit war.

Die Kundgebung in Uelzen. Anfang Oktober 1929 konstatierte die Zeitung des Lüchower Kreislandbundes, Das *Landvolk*, eine Ausbreitung der Landvolkbewegung nach Lüchow. Die Bewegung habe „bereits in den Nachbarkreisen Uelzen, Lüneburg und Bleckede Fuß gefasst" und verfüge dort „über erheblichen Anhang". In Lüchow hatte es eine Besprechung von Landwirten aus den Kreisen Uelzen und Lüchow über Ziele und Stoßrichtung der Bewegung gegeben. Deren Beteiligung an den Bombenattentaten wurde von den Teilnehmern zurückgewiesen. Die verhafteten Landvolkführer seien ja zum größten Teil freigelassen worden. Das Blatt wies auf eine „erste große Kundgebung" am kommenden Sonntag (6. Oktober) in Uelzen hin und kündigte eine Attraktion an: „Es spricht der Landvolkführer Hamkens."[50]

Der Regierungspräsident untersagte zunächst die Versammlung und veröffentlichte das Verbot in den Zeitungen. Auf Bitten des Uelzener Bürgermeisters Farina rief deshalb Landrat von Campe im Regierungpräsidium an und bat um Rücknahme der Anordnung aus folgenden Gründen:

„a.) die Stadt befürchte eine wirtschaftliche Boykottierung durch die Landbevölkerung"

b.) die Vorbereitungen, Anfahrt mit Lastwagen usw., seien bereits zu weit gediehen. Die wenigen Ortspolizisten könnten das Verbot nicht durchsetzen und bei der Heranziehung von Schutzpolizei sei „mit Krawallen zu rechnen."[51]

Die Versammlung wurde dann zugelassen, aber die Aufhebung des Verbotes erreichte nicht mehr die Zeitungen. Das habe die Zahl der Teilnehmer deutlich gedrückt, monierten die Veranstalter. Die Bitte des Bürgermeisters zeigt den sozialökonomischen Druck, den die politische Haltung der Selbständigen in Land und Stadt und der mit ihnen verbundenen Honoratioren ausübte. Das ist einer der Beweggründe für die Haltung des amtlichen Kreisblattes.

Am 7. Oktober berichtete das amtliche Kreisblatt, die *Allgemeine Zeitung für die Lüneburger Heide* (AZ) im Lokalteil über die „stark besuchte Kundgebung" mit etwa 600 bis 800 Teilnehmern. Sie kamen mit Zügen, Omnibussen und Automobilen „aus allen Teilen des Regierungsbezirks Lüneburg, vor allem aber aus dem Kreis Uelzen". Die Schlagzeilen des Berichtes unterstrichen: „Das Landvolk. Große Kundgebung auf dem Schützenplatz in Uelzen. Landvolkführer Hamkens, Walligs, Kühl und Vick sprechen."[52] Der aus-

49 Nr. 89, undatiertes Muster, ca. Ende November 1929.
50 5.10.29 – Die Zeitung Das Landvolk. Lüchow-Dannenberger Zeitung wurde am 1.12.29 vom Kreislandbund durch Übernahme der früheren „Lüchow-Dannenberger Zeitung" gegründet, Nr. 89, Notiz Oktober 1929.
51 Nr. 89, Notiz Beermann vom 5.10.29.
52 AZ 7.10.29 – Dass die Teilnehmer auch aus anderen Kreisen kamen, bestätigt ein Leserbrief in der Jeetzel-Zeitung vom 12.10.29. Der Schreiber, ein Major a. D., behauptete, es seien mindestens 1200 Menschen anwesend gewesen, wie er selbst festgestellt habe.

An das Landvolk des Regierungsbezirks Lüneburg!

Der Verwaltungsapparat versucht Hand in Hand mit jüdischen nd roten Zeitungen den

Kampf des Landvolkes als Verbrecherkampf hinzustellen!

Der Kampf der Landvolkbewegung ist rein und sittliche Notwendigkeit ür den Bestand des gesamten deutschen Volkes. Das Landvolk ist der Ur- and des Volkes und Staates.

Lieber tot als Sklave!
Der Kampf des Landvolkes geht weiter!
Trutzig und treu,

ufrichtig und unbeirrt wollen wir unser Recht fordern – das Recht er Lebensmöglichkeit auf freier Scholle und im freien Beruf.

Als Grundlage des gesamten Volkes sind wir zu diesem Kampf erpflichtet.

Am:

Sonntag, den 6. Oktober d. Js., nachmittags 2½ Uhr,

wird

in Uelzen

ine **Versammlung des Lüneburger Landvolkes**

Kunde geben von dem Stand des Kampfes und seiner Fortführung.

Versammlung auf dem Uelzener Schützenplatz.

Vorkämpfer der Landvolkbewegung aus Holstein nnd Hannover erden sprechen.

Erscheint in Massen! Zeigt eure Kraft.

Landvolkbewegung Lüneburg.
Hermann Reimers.

Wilhelm Hamkens, Hofbesitzer aus Tetenbüll, neben Claus Heim einer der Führer der Landvolk-Bewegung in Schleswig-Holstein
Quelle: Walter Luetgebrune, Neu-Preußens Bauernkrieg

führliche Bericht referierte im Nachrichtenstil die Reden ohne kritische Anmerkungen. „Hofbesitzer" Reimers eröffnete die Versammlung. „Hofbesitzer" Walligs aus Lunden in Schleswig-Holstein sprach auf Plattdeutsch über die Verschuldung der Landwirtschaft durch die aufgenommenen Kredite. „Da sei das Landvolk aufgestanden und habe sich selbst geholfen."

Wilhelm Hamkens, so Stoltenberg, „verfügte über eine große rednerische Begabung und vermochte die Landleute mitzureißen".[53] Die AZ lässt ihn zu Wort kommen: „Landvolkführer Hamkens, von starkem Beifall begrüßt", erklärte, „1914 sei ein erhebendes Beispiel dafür gewesen, wie ein Volk einig sein könne in allen seinen Schichten." Die Vergangenheit von 1914 ist mit ihrem Augusterlebnis die vorweggenommene Volksgemeinschaft der Zukunft. Und Hamkens weiter: „Wir hätten gegen zwei Feinde zu kämpfen gehabt, gegen den von außen und gegen den Feind im eigenen Lager. Den äußeren

53 Stoltenberg, Politische Strömungen, S. 123 – Der Kreislandbund Lüchow kündigte zum 29.10.29 eine Landvolk-Veranstaltung an. Die Kreisbauernschaft (früher Kleinbauernbund) Lüchow schrieb an den Pressereferenten der Regierung in Lüneburg: „In großen Aufrufen wird hier die friedliebende Bevölkerung durch die radikal nationalistische Landvolkpresse aufgeputscht. In diesen Aufrufen spricht man vom Kampf gegen das 'jüdisch-parlamentarische System' und macht Sympathie für die Schleswig-Holsteinische Landvolkbewegung", Nr. 89, Lüchow 28.10.29.

Feind hätten wir besiegt, aber dem internationalen Großkapital seien wir unterlegen. Das parlamentarische System habe das Volk in den Klassenkampf geführt. … Das Landvolk wolle keine neue Partei gründen und damit den Bruderkampf vergrößern. Die Bewegung will dazu erziehen in erster Linie deutsch und dann erst parteiisch zu fühlen. Ihre Ziele seien nicht ungesetzlich, wie oft gesagt werde, sie wolle sich ausschließlich legitimer Mittel bedienen." Es sprachen weiter „Hofbesitzer" Vick aus Rönne im Kreis Winsen, „Hofbesitzer" Franz Luhmann aus Clues und Rittmeister Müller aus Berlin. Der „Landvolk"-Schriftleiter Johann Kühl aus Itzehoe erklärte als letzter Redner: „Bei den Trägern der Bewegung in Holstein handle es sich nicht um Umstürzler, sondern um verantwortungsbewusste Revolutionäre im Sinne des neuen Deutschlands." Und Reimers schloss mit der „Mahnung zur Besonnenheit und Überlegung" die Versammlung. Der Bericht der AZ ist wortgleich mit dem in der Soltauer *Böhme-Zeitung* abgedruckten.[54]

Der Tannenberg-Bund, eine völkische Gruppierung mit einem ausgeprägten Ludendorffkult, suchte ebenfalls die Landvolk-Bewegung für seine Ziele zu nutzen. In den Kreisen Isenhagen, Uelzen, Lüchow und Dannenberg verfügte er seit Ende April 1929 über eine eigene Tageszeitung, die *Niedersächsisch-Altmärkische Rundschau* (NAR). Sie berichtete ausführlich auf rund anderthalb Zeitungsseiten über die „Grosse Freiheitskundgebung des Landvolks in Uelzen". In ihrer Wiedergabe sind die Attacken der Redner auf die Regierungspolitik deutlich schärfer, auch antisemitische Passagen fehlen nicht.[55]

Zur Uelzener Versammlung gibt es die Mitschrift eines Polizeibeamten. Er notierte auch, was die *Allgemeine Zeitung* dem Leser nicht mitteilte: die antisemitischen Passagen. Hamkens hatte von der „jüdischen Presse" und dem „jüdischen parlamentarischen System" als Gegnern des Landvolkes gesprochen. Der Redner Vick erzählte eine Geschichte zur Kritik von Selbstsucht und mangelnder Solidarität unter Bauern: „In einer Gaststube sitzen 20 Bauern. Es kommt ein Jude herein, dem der eine Bauer verschuldet war, dem der Hof versteigert werden soll. Die anwesenden Bauern kaufen alle ein Stück davon." Und Johann Kühl behauptete, das „jüdische internationale Kapital sowie die Hochfinanz" hätten bereits vor den Verhandlungen in Paris den Young-Plan beschlossen.

Der Uelzener Bürgermeister sandte den Bericht an den Lüneburger Regierungspräsidenten und hob in seinem Anschreiben, fast beschwichtigend, hervor, alle Redner hätten „betont, dass man mit Gewalttätigkeiten nicht weiter käme."[56] Das Harburger Polizeipräsidium hatte einen Kriminalbeamten zur Mitschrift entsandt. Er berichtete, es hätten sich „auffallend viele Personen" mit Stahlhelm- und NSDP-Abzeichen gezeigt, einige auch in SA-Uniform.[57]

Landrat von Campe, der persönlich anwesend war, behauptete, der Beifall „für die Redner" sei „entgegen den Zeitungsberichten sehr gering" gewesen.[58] Die AZ hatte aber nur beim populären Hamkens „starken Beifall" vermerkt und das erscheint glaubwürdiger.

54 BZ 8.10.29: „Das Landvolk."

55 NAR 9.10.29, Aufmacher: „Leewer doot as Sklaav!". Kleinere Glättungen im Verhältnis zur Mitschrift des Polizeibeamten (s. u.) gibt es auch hier.

56 Nr. 89, Magistrat der Stadt Uelzen, gez. Farina, an den Lüneburger Reg.-Präs., 7.10.29, mit beiliegender Meldung vom 6.10.28.

57 Nr. 89, Landeskriminalpolizeistelle Altona, 7.10.29.

58 ebd. LR Uelzen an Reg.-Präs. Lüneburg, Oldenstadt 8.10.29.

Kopf der „Niedersächsisch-Altmärkischen Rundschau" in Wittingen

Rechte Seite: Versammlungsaufrufe vom 26. Oktober 1929 in der „Niedersächsisch-Altmärkischen Rundschau"

Von Campe trat am 1.5.33 in die NSDAP ein, Landrat in Uelzen blieb er bis 1937, um dann nach Stolp und schließlich nach Nienburg/Weser zu wechseln.[59]

Parallel zur öffentlich-publizistischen Ausbreitung der Landvolkbewegung im Herbst 1929 stieg in einigen Kreisen die NSDAP auf. Von Campe berichtete Ende Oktober aus der, wie schon erwähnt, frühen NSDAP-Hochburg im Regierungsbezirk: „Durch die fieberhafte und unermüdliche Tätigkeit der Nationalsozialisten ist das Treiben und die Entwicklung der Landvolkbewegung im Kreise Uelzen z. Zt. gänzlich zurückgegangen. … Ich glaube daher mit Sicherheit annehmen zu können, dass alle die Elemente, die sich von einer besonnenen Politik und einer sachlichen Opposition abwenden und zu wüster verantwortungsloser Propaganda übergehen, sich im Kreise Uelzen den Nationalsozialisten zuwenden und nicht der Landvolkbewegung." Die „besonnenen Führer der Landwirtschaft" verurteilten diese Bewegung „aufs schärfste". Nach Rücksprache mit ihm seien führende Persönlichkeiten aus Landbund und DNVP bereit „bei passender Gelegenheit gegen diese Bewegung aufzutreten, was bisher auch schon geschehen ist". Und der Landrat schließt widersprüchlich, auch die AZ habe „in einem scharfen Artikel gegen die Landvolkbewegung Stellung genommen, was ihr aber merkwürdigerweise von der Landwirtschaft im allgemeinen sehr verübelt ist und zu zahlreichen Abbestellungen geführt hat".[60]

Die Berichte in der AZ zeigen in ihrer Haupttendenz aber keine kritische Haltung. „Die Aufklärung der Bombenattentate" hieß am 12. September 1929 die große Schlagzeile des Aufmachers mit dem Untertitel: „Das Werk einzelner Desperados, nicht das Werk einer politischen Organisation".[61]

Von Campes Analyse – nach der großen Uelzener Kundgebung geschrieben – übersieht die öffentliche Parallelität der antirepublikanischen Strömungen, hier von NSDAP und „Landvolk".

Die Kundgebung in Soltau. Wie die anderen Kreisblätter auch, hatte die Böhme-Zeitung im September 1929 in ihrem überregionalen Teil

59 Stegmann, Radikalisierung, S. 439.
60 Nr. 89, LR an Reg.-Präs. Lüneburg, Oldenstadt, 30.10.1929.
61 s. a. Berliner Tageblatt 30.10.29: „Die Aufklärung der Bombenanschläge. ... Die Verbindung mit der Landvolkbewegung festgestellt."

Aufruf!

Einwohner des Kreises Isenhagen! Deutsche Männer und Frauen!

In letzter Stunde wenden sich die Unterzeichneten noch einmal an Euch mit der dringenden Aufforderung, in diesen schicksalsschweren Tagen Eure Pflicht als deutsche Staatsbürger wahrzunehmen, um das Vaterland und damit Euch und Eure Kinder vor dauernder Versklavung zu retten.

Um was geht es denn?

Obwohl Deutschland seit Beendigung des Krieges schon

mehr als 56 Milliarden

an Kriegstributen gezahlt hat, also mehr als je ein Volk der Welt für einen verlorenen Krieg leistete, obwohl man uns die Kolonien geraubt hat, die einen Wert von

mehr als 180 Milliarden

darstellen, sollen wir bis 1988, über 3 Generationen,

weitere 114 Milliarden

Kriegstribute bezahlen. Kinder und Enkel würden mit der Annahme dieses Tributplanes der Knechtschaft und der Willkür des internationalen Judentums und unserer Gegner ausgeliefert. Jeder Landwirt würde durch rücksichtslosen Steuerbolschewismus von seiner Scholle getrieben. Die Arbeitslosigkeit des deutschen Arbeiters würde ins Unermeßliche steigen. Namenloses Elend für das gesamte deutsche Volk wäre unausbleiblich.

Wer dieses Elend noch in letzter Stunde abwenden will,

den ermahnen wir an seine vaterländische Pflicht, sich sofort in die Liste für das deutsche Volksbegehren, die in jedem Ort bei der Gemeindebehörde bis zum 29. Oktober 1929 einschl. öffentlich ausliegt, einzutragen.

Wer das versäumt, trägt Mitschuld am kommenden Elend des deutschen Volkes.

Das Volksbegehren ist entstanden aus der Erkenntnis heraus, daß sich die Inhaber der Staatsgewalt seit der Revolution niemals ernstlich und mit Erfolg gegen diese Versklavung des Volkes gewehrt haben. Diesem erbärmlichen Zustande der fortgesetzten Ausplünderung will das Volksbegehren endlich ein Ziel setzen, indem es verlangt:

Erst Freiheit und Brot, dann Reparationen!

A. Schöneke, Kaufmann, Wittingen; **Ernst Schultze**, Hofbes., Wittingen; **W. Refardt**, Gutsbes., Hankensbüttel; **Kurt Akkermann**, Inspektor, Wittingen; **W. Lüthe**, Hofbes., Darrigsdorf; **Heinr. Schulze**, Hofbes., Kakerbeck; **Dr. med. Buurman**, Wittingen; **Dr. med. vet. Otto**, Hankensbüttel; **W. Trebbin**, Gastw. u. Hofbes., Wittingen; **W. Peesel**, Hofbes., Schweimke; **Buhr**, Hofbes., Emmen; **H. Bührke**, Hofbes. Behren; **H. Elvers**, Hofbes., Steimke; **Ernst Winecke**, Hofbes. u. Gastwirt, Crona; **Dr. med. Hornhardt**, Brome; **A. Lagemann**, Hofbes., Benitz; **Wilh. Prange**, Anbauer, Wiswedel; **H. Refeldt**, Hofbes., Benitz; **Martin Behne**, Hofbes., Wiswedel; **Willi Henneicke**, Tagelöhner, Kakerbeck; **H. Jördens**, Hofbes., Teschendorf; **A. Lübbers**, Hofbes., Vorhop; **H. Körtje**, Hofbes., Boitzenhagen; **H. Bock**, Hofbes., Voitze; **E. Müller**, Gastwirt, Voitze; **H. Meyer**, Hofbes. und Gem.-Vorst., Glüsingen; **E. Häling**, Gastwirt, Darrigsdorf; **Chr. Meyer**, Hofbes., Rade.

Auf nach Wittingen!

Am

Mittwoch, dem 30. Okt., 8 Uhr abends

findet eine große

Versammlung des Landvolkes

in Nöhres Saal statt.

Es sprechen die Vorkämpfer der Schleswig-Holsteinschen

Landvolkbewegung.

Keiner versäume die Gelegenheit, sie zu hören!

Bettfedern-Reinigung
Montags, Dienstags, Donnerstags
Gutmann & Dreß
WITTINGEN
Abteilung: BETTEN

Die neuesten
Moden
in

bei
Otto Munstermann
Wittingen
Spezialhaus für Damenputz.

Tjardes-Uelzen Achterstr. 19. Fernspr. 2090.
staatlich vereidigter Landmesser.

Kohlen, Koks, Brikett,
sowie
Ia Anthrazit-Eiformbrikett
Ia Anthrazit-Kohle
für jede Anthrazit-Feuerung geeignet, liefert in großen u. kleinen Mengen jederzeit prompt
Fritz Germeck, Wittingen.
Fernruf 209. Fernruf 209.

Oeffentliche Versammlung.

Ueber den

Pariser Tributplan

und das deutsche

Volksbegehren

spricht

am Sonntag, dem 27. Oktober, abends 8 Uhr

im Saale des Hotels Nöhre

der Geschäftsführer der nationalen Ostfront

Paul Michaelis, Danzig.

Eintritt frei! **Kommt in Massen!**

Der Ausschuss für das deutsche Volksbegehren.

über die „Organisation der Bombenleger"[62] und die „Waffenlager in der Lüneburger Heide"[63] berichtet. Hier wurden die – wenn auch redigierbaren – Fakten von den Nachrichtenagenturen geliefert. Der Bericht im Kreisteil zeigte dagegen keine Kritik am „Landvolk". Die zweite Soltauer Zeitung, die *Soltauer Nachrichten*, waren nicht „amtliches" Kreisblatt, aber doch laut Untertitel „Amtlicher Anzeiger des Landratsamts, Magistrats, Finanzamts und aller anderen Behörden im Kreise Soltau". Sie erschienen am 12. September mit der Schlagzeile „Die Bombenleger verhaftet".[64] und dazu einem langen Bericht auf der ersten Seite. „Die Verhaftungen gehen weiter." hieß der Aufmacher am Tag darauf.[65] Dazu kamen die „Waffenfunde in Rönne".[66] Und noch einen Tag später informierte die Schlagzeile: „Hamkens legt ein Geständnis ab.", und darunter: „Die Attentäter hatten ihn über die Anschläge unterrichtet."[67]

Bei einer Durchsuchung auf dem Anwesen des Vaters von Amandus Vick in Rönne wurden unter anderem zwei Maschinengewehre, 35 Stielhandgranaten und 7 Schachteln Sprengkapseln gefunden. Sie waren in einem drei Meter tiefen, ausgemauerten Schacht versteckt, über dem eine Futterkrippe stand. Der Vater wurde darauf ebenfalls verhaftet.

Der Soltauer Landrat schätzte noch Anfang November 1929, dass zwar einerseits die wirtschaftliche Not für die Landvolkbewegung günstig sei, anderseits „der Charakter der Bauernschaft im Kreise zu ruhig ist, um sich von radikalen Elementen zu Gewalttätigkeiten oder zu ausgesprochen staatsfeindlichen Vorstößen hinreißen zu lassen." Das zeigten auch die unter dem Durchschnitt von Osthannover liegenden Eintragungen zum Volksbegehren.[68]

Über die Uelzener Versammlung erschien in den *Soltauer Nachrichten* (SN) nur ein kurzer Bericht, immerhin mit dem Hinweis, dass (auch) die Redner Vick und Luhmann „in der Bombenaffäre verhaftet" waren.[69] Das alles hielt die Zeitung nicht davon ab, im November eine Landvolkversammlung im Soltauer Hotel „Zum Kronprinzen" mit der Schlagzeile „LandvolkBewegung – Deutsche Freiheitsbewegung" zu stilisieren.[70] Der Bericht füllte zwei Drittel einer Zeitungsseite. Und die Versammlung „füllte den Saal bis auf den letzten Platz". Dieser Bericht schildert die Landvolk-Agitation viel ungeschminkter als die AZ es tat.

Der Gutspächter Gehrke aus Timmerloh leitete die Versammlung und begrüßte die Gäste, die zeigten, „dass auch bei uns in der Heide ein starker nationaler Wille herrsche, sowie die Überzeugung, dass der Landvolkkampf der rechte sei". Max Wulf, „ein kerniger schleswig-holsteinischer Bauer" sprach als Erster: „Wir haben keinen Staat mehr … Was wir stürzen wollen, ist nur das heutige System. 1914 zogen wir begeistert hinaus ins Feld." Die Bauern hätten sich, nach einem verheißungsvollen Start zu Beginn des Jahres 1928, dann in Berlin einseifen lassen. „Da trat im Sommer 1928 Hamkens-Tetenbüll als Führer auf den Plan und führte die Bewegung wieder ins rechte Gleis." Als zweiter Redner folgte Reimers. „Seine durchdachte und klar aufgebaute Rede wurde gleichfalls mit Spannung

62 BZ 12.9.29.
63 SN 14.9.29.
64 SN 12.9.29.
65 SN 13.9.29.
66 SN 14.9.29, Zweites Blatt.
67 SN 18.9.30.
68 Nr. 89, LR Soltau an Reg.-Präs. Lüneburg, 4.11.29.
69 SN 8.10.29, unter der Rubrik „Hannoverland und Nachbargebiete": „Landvolkversammlung in Uelzen."
70 SN 28.11.29 – im Saal wurden, so die Zeitung, 230 Mark Spenden gesammelt.

angehört." Das „heutige System" sei „unsittlich, weil es lebenszerstörend ist. Es ist 1919 schon auf unsittliche Weise entstanden, nämlich durch Hochverrat und Landesverrat." Es folgten Angriffe auf das „herrschende System", das den „Klassenkampf" schüre, sowie auf dessen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Längere Passagen geben die Klagen über eine kulturelle Dekadenz der deutschen Gesellschaft wieder. Auch der Kampf gegen den Young-Plan wird genannt. Die damit zusammenhängende geplante Reparationsbank vervollständige „erst recht die Weltmacht des internationalen Judenkapitals. Wir werden dann bald ein europäisches Einheitsgeld bekommen. … Auch rassenpolitisch wird es ein Vernichtungswerk sein, denn man wird die Menschen dahin stecken, wo man sie gebrauchen kann. Und über dem ganzen Völkerbrei herrscht dann der Jude. Alle internationalen Ideen bedeuten Vernichtung des Mittelstandes ! Auch Freimaurerei und Jesuiten und wie sie ihre Macht gebrauchen, sieht man an dem Terror beim Volksentscheid." In der Aussprache kam Reimers „nochmals auf das Rassenproblem zu sprechen und stellte fest, dass es keinem Viehzüchter einfalle, eine schwarzbunte Kuh mit einem Simmenthaler rotbunten Bullen zu kreuzen. … Bei den Menschen ist Rassenschande gang und gäbe, wenn nur viel Geld da ist."

Die Mittelstandsprogrammatik zeigt sich auch in anderen Versammlungen, wenn der Kampf gegen Warenhäuser und Konsumvereine beschworen wird.[71] Die nostalgische Beziehung vieler Landvolkanhänger zum kaiserlichen Deutschland brachte der Diplomlandwirt und Versuchsringleiter Plaz aus Visselhövede auf einen ideologischen Punkt: „Mit dem Kaisertum ist uns auch der Hort unserer evangel. Kirche und Religion genommen."

Der „Tannenbergbündler" Wulf[72] warb dann für „die Bücher von Exzellenz Ludendorff und Gemahlin". Plaz nannte in der Diktion des Tannenbergbundes als drei Feinde die „überstaatlichen Mächte, Jude, Freimaurer und Jesuit". Er ist wohl ebenfalls im Bund zu verorten und hatte in Visselhövede für die Kundgebung mobilisiert: „Die dortige Gegend war in der Versammlung stark vertreten", notierte der SN-Bericht.

Die *Niedersächsisch-Altmärkische Rundschau*, wie schon erwähnt dem Tannenbergbund nahestehend, unterstützte die Landvolkbewegung. Das Blatt warnte zwar „vor unsinnigen Gewalttaten", es sei aber „möglich, dass einzelne Heißsporne oder Verzweifelte sich vielleicht haben verführen lassen können durch hineingeschickte Spitzel oder Beauftragte. … Mittlerweile sind die meisten verhafteten Vorkämpfer nach einer Behandlung, die die Folterkammer des Mittelalters in anderer Form wieder hat erstehen lassen, auf freien Fuß gesetzt. Die hinausposaunten Lügen sind zusammengebrochen. … Die Bewegung flutet nun mit voller Kraft über das ganze Land."[73]

Die Versammlungswelle im Lüneburger Bezirk. Der Herbst 1929 sah die Landvolkbewegung im Lüneburger Bezirk auf dem Höhepunkt ihrer

71 Z. B. Reimers am 13.11.29 in Bleckeder LV-Versammlung, Nr. 89, Landjägeramt Bleckede an LR Bleckede, 2.11.29.

72 Stoltenberg, Politische Strömungen, S. 145.

73 NAR 31.10.29, Aufmacher: „Schleswig-Holsteinische Bauernbewegung" (Wiedergabe eines Artikels aus Ludendorffs Volkswarte).

74 Folgende Liste nach NAR 26.10.29 und Daten aus der Akte Nr. 89.

75 Es war die erste Landvolk-Versammlung in Lüchow, s. Das Landvolk 30.10.29, Lüchow 29.10.29: „Wenn sie nicht wollten, dass sie Industriearbeiter werden, dann sollten sie sich mit allen gesetzlichen Mitteln zur Wehr setzen." – s.a. Nr. 89, Bericht des Magistrates der Stadt Lüchow an Reg.-Präs., 4.11.29, in Anlage der Bericht des überwachenden Beamten der LKP-Stelle Harburg-Wilhelmsburg; er protokolliert auch antisemitische Äußerungen. Teilnehmer der Versammlung etwa 150-160, darunter etwa 15 Frauen, Redner u. a. Petersen aus Schleswig-Holstein und Reimers. Der Kampf der Landvolkbewegung „richtet sich nicht gegen die bodenständigen Organisationen, die gewiss nötig sind". – „Ganz gleich, ob Rittergutsbesitzer oder kleinster Bauer, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, ob Handwerker oder Gewerbetreibender, alle wahrhaft Deutschen gehören in die Landvolkbewegung." Eine antisemitische Auslassung ist im LV-Artikel wiedergegeben.

76 Nr. 89, Landjägeramt Bleckede an LR Bleckede, 2.11.29: Die Versammlung war mit 52 Personen schwach besucht. Redner Reimers und Freiherr Hugo von Lamezan (Segeberger Kreisführer des Stahlhelms, s. Stoltenberg, Politische Strömungen, S. 134). Bei den kommenden Wahlen sollte der „Kampf nach links" geführt werden. Geldsammlung: Da sie keine Partei seien, hätten sie auch keine Einnahmen.

77 Zum 1. Mal im Kreis Lüneburg: Die Lüneburgschen Anzeigen, 5.11.29, brachten einen langen, neutral-positiv gestimmten Bericht: „Landvolkkundgebung in Amelinghausen" Redner waren u. a. Reimers, Vick und Freiherr von Lamezan. Antisemitische Passagen fehlen in der Zeitung. – s.a. Nr. 89, LR Lüneburg an Reg.-Präs., 31.1.30

78 Nr. 89, LR Bleckede an Reg.-Präs., 22.1.30 – Das Lüneburger Tageblatt, 14.11.29, „Der Kampf des 'Landvolk'.", berichtete ausführlich und positiv. Reimers war Versammlungsleiter und Schlussredner. Der „stürmisch begrüßte Hofbesitzer Hamkens" sprach in „einer groß angelegten Rede"; Erzberger habe mit „der Waffe" Steuergesetzgebung „die besitzenden Klassen enteignet".

79 Redner zwei (… drei?) Schleswig-Holsteiner, darunter Hamkens, dazu Reimers und Werner Schulze (Bleckede), anwesend 50 Personen, „zumeist Landwirte aus der Umgegend". Hamkens wendet sich gegen einen Steuerstreik, denn „da hat der Staatsanwalt das Wort". Reimers empfiehlt den Kauf von (Werbe-)Postkarten. „Die sind teuer, aber wir brauchen Geld. Die Prozesskosten betragen schon 130 000 Mark." (Nr. 89, Landjägereiamt Neuhaus an LR Bleckede, 14.11.29).

80 Besucher etwa 130, Redner Reimers und Max Wulf aus Schleswig-Holstein, Nr. 89, Landjäger Abteilung Fallingbostel an LR Fallingbostel, 3.12.29.

81 Nr. 89, Landjägerposten Barskamp an LR Bleckede, 22.12.29. Redner Reimers: „Die SPD ist eine Judenpartei und hegt nur internationale Bestrebungen, sie nimmt dem deutschen Volk das Letzte und liefert es in die Arme des Grosskapitales.[sic]" In der Diskussion trat auch der Sozialdemokrat Johannsen als Gegenredner auf. Reimers nennt ihn „König der Internationalen."

82 NAR 10.9.29, Beiblatt: „Die Landvolkbewegung marschiert." Der Bericht füllte fast eine ganze Seite. Es sprach Landvolk-Redakteur Kühl. Für die Versammlung war mit einer großen Anzeige in der NAR, 8.9.29, geworben worden. Der „Hofbesitzer" Bohne aus Wollerstorf leitete sie.

83 NAR 1.11.29:„Das Landvolk in Wittingen." Die NAR-Nummer mit dem Aufmacher „Bauernbewegung" (s. o. Anm.73) wurde am 30.10.20 in Wittingen unentgeltlich verteilt: Nr. 89, LR Isenhagen-Hankensbüttel an Reg.-Präs. Lüneburg, 31.10.29. Der Landrat übernahm die Schätzung der NAR von 300 Teilnehmern in seinem Bericht an den Regierungspräsidenten. Der Eintrittspreis betrug 50 Pfennig, dazu gab es eine Geldsammlung; der Versammlungsleiter nannte als Mindestgabe 2 Mark. Landjägerbericht: Nr. 89, Landjägereiamt Wittingen an LR Isenhagen-Hankensbüttel, 31.10.29.

Publizität. Sie durchzog ihn mit einer Reihe von Kundgebungen bis in seine südliche Region. In mehreren Landkreisen und Kreisstädten trat sie zum ersten Mal auf. Ihr begrenzter Rednerstamm leistete ein volles Programm.[74] So sprachen Redner am 28. Oktober um 14 Uhr 30 in Lüchow[75], um 20 Uhr in Dannenberg. Am 29.10. ging es nach Bleckede; am 30.10. um 14 Uhr nach Gifhorn, um 20 Uhr nach Wittingen, am 31.10. nach Walsrode, am 1.11. nach Dahlenburg und Bleckede[76], am 2.11. nach Amelinghausen[77], am 13. 11. nach Dahlenburg[78] und Neuhaus[79], am 27.11. nach Soltau, am 30.11. nach Walsrode[80] und am 21.12. nach Barskamp (Kreis Bleckede[81]).

Im Kreis Isenhagen-Hankensbüttel war das „Landvolk" zum ersten Mal Anfang September aufgetreten. Es kamen laut Landrat nur 50 Personen, laut *Niedersächsisch-Altmärkischer Rundschau* (NAR) „annähernd 200 Bauern".[82] In der nächsten Versammlung, am 30. Oktober, waren es laut NAR dreihundert, nach Landjägerbericht etwa 180, obwohl sie „lediglich" in der NAR, also nicht im Kreisblatt angezeigt war. „Zwar waren die Straßen vom Regen zerweicht, und fast undurchdringliche Finsternis herrschte auf den Anmarschwegen zur Stadt. Aber trotzdem waren viele dem Rufe der Landvolkvorkämpfer gefolgt … Von weither waren sie gekommen – die aus dem Hansjochenwinkel sah man neben den 'Isenhägenern' sitzen."[83] Die Redner waren Reimers aus Bleckede und „Landwirt" Petersen aus

Schleswig-Holstein. „Erster kurz und anregend, letzterer lang und minder interessant.", so der Landrat, der in seinem Bericht behauptete, die Versammlung habe nur dem Zweck gedient, Mittel für die Bewegung flüssig zu machen.[84] Damit spielt er die propagandistische Wirkung einer solchen Kundgebung herunter, zumal wenn man den „anregenden" Reimers hörte. Der Vielredner der Bewegung im Lüneburger Bezirk ging auch nach Schleswig-Holstein und sprach auf dem „1. Landesthing" des Landvolks in Rendsburg.[85]

Die NAR bescheinigte Reimers, er sei „mit Rednergabe ausgestattet", während Petersen „in schlichter, durch die Natürlichkeit in der Ausdrucksweise trotzdem fesselnder Rede seinen Berufskollegen etwas von dem Kampf seiner Heimat erzählte". Beide sprachen das Publikum mit „Sie" an.

Ein kürzerer Bericht erschien auch im amtlichen *Isenhagener Kreisblatt*. Er war neutral gehalten und zitierte Reimers, der zur Spende von mindestens 2 Mark pro Person aufforderte und sibyllinisch schloss, „später zu gegebener Zeit würde etwas anderes als Geld von dem Einzelnen verlangt".[86]

In Dahlenburg (Kreis Bleckede) hatte Hamkens gesprochen. Der Landrat berichtete: „Zu der Versammlung war die bäuerliche Einwohnerschaft des Kreises in hellen Haufen herbeigeströmt, zum größten Teil aus Neugier, 'um Hamkens einmal gesehen zu haben.' Nachhaltigen Eindruck haben seine Ausführungen, soweit festgestellt werden konnte, nicht gemacht."[87] Auch hier wird heruntergespielt.

Die Landvolkbewegung sei zu der Taktik übergegangen, „von großen öffentlichen Versammlungen abzusehen und an ihrer Stelle geheime oder geschlossene Besprechungen abzuhalten", meldete Herbst in einem Bericht vom 28. Oktober dem Preußischen Innenminister.[88] Da lag er, wie gesehen, falsch. Diese konspirative Taktik läuft parallel zur Bearbeitung der Öffentlichkeit. Im Übrigen zeugen seine Ausführungen eher von einer Ausbreitung der Bewegung im Regierungsbezirk, die Herbst schon eine Woche zuvor gemeldet hatte.[89]

In den Berichten des Regierungspräsidenten „nach oben" sind die seiner Landräte verarbeitet. Häufig werden deren Einschätzungen, auch ohne Quellenangabe, wörtlich zitiert. Und die Landräte stützten sich, neben der eigenen Erfahrung, auf die Mitschriften und Beobachtungen von Landjägern, Polizei- und Kriminalbeamten. Die politischen Analysen dieser Gruppe waren jedoch von unterschiedlicher Güte.

In Distanz zu den Bombenattentaten – weniger oder nicht zu den Bombenlegern – verfolgte die Mehrheit der Landvolk-„Führer" im Herbst 1929 eine nach außen hin legale Taktik.[90] Der Landrat von Soltau schätzte sie in einem Bericht Ende Januar 1930 als erfolgreich ein: „eine größere Anzahl namhafter Besitzer" stehe der Bewegung sympathisch gegenüber nachdem diese „die üblen Elemente im wesentlichen abgestoßen hat."[91] Und er fügte hinzu: „Immerhin möchte ich die wachsende Anhängerschaft der N.S.D.A.P. nicht zu-

84 Nr. 89, LR Isenhagen-Hankensbüttel an Reg.-Präs. Lüneburg, 31.10.29.
85 Das Landvolk, Lüchow, 13.11.29: „Glüh, heilige Flamme glüh ....!"
86 IHK 31.10.29, Rubrik „Aus der Heimat"
87 Nr. 89, LR Bleckede an Reg.-Präs. Lüneburg, 22.1.30.
88 Stegmann, Radikalisierung, S. 155.
89 ebd., S.153.
90 Auch Hamkens und Reimers waren nach Einschätzung des berichtenden Landjägers in einer Dahlenburger Versammlung am 13.11.29 (s. u.) „bei ihren Ausführungen äußerst vorsichtig", wohl wegen der vielen politischen Prozesse, Nr. 89, Landjägeramt Dahlenburg an LR Bleckede, 14.11.29.
91 LR Soltau an Reg.-Präs. 30.1.30.

letzt auf deren freundschaftlich enge Beziehungen zur Landvolkbewegung zurückführen." Diese Einschätzungen sind, in der Fläche und auf die Dauer gesehen, zutreffender als die Behauptung des Uelzener Landrates von Ende Januar 1930, in seinem Landkreis seien NSDAP und Landvolkbewegung scharf gegeneinander eingestellt.[92] Eine bessere Einschätzung der Bündnisfrage für diese Phase liefert der Soltauer Landrat, wenn er schreibt, dass die Landvolkbewegung „aus einer politischen Betätigung innerhalb der bereits bestehenden völkischen und nationalistischen Organisationen für sich bewusst hervortritt und zu staatsfeindlichen Sonderaktionen übergeht oder darauf hinstrebt".[93]

Trittbrettfahrer? „Die Landvolkbewegung ist die deutsche Volks- und Freiheitsbewegung" hatte Reimers in Soltau erklärt. „Deutsche Freiheitsbewegung", war ein Markenzeichen, das sich auch die NSDAP ansteckte und mit dem sie schließlich nach der Machtübernahme 1933 in den meisten Kreisblättern endgültig reüssierte.

Neben der NSDAP versuchte auch die „Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei" (CNBL) auf der Landvolkbewegung aufzubauen. In einer großen Anzeige warb die CNBL in der Winsener Zeitung und mit identischem Text auch in den Winsener Nachrichten: „Große Landvolkkundgebung … Rettung oder Untergang des deutschen Bauern und Vaterlandes."[94] Die Veranstaltung fand direkt nach der Herdbuchauktion statt, zu der Landwirte aus dem ganzen Regierungsbezirk und darüber hinaus anreisten.

Die Winsener Zeitung erschien mit der Schlagzeile „Landbund-Präsident Hepp spricht in Winsen" und füllte damit fast die ganze erste Seite.[95] Der Hofbesitzer Buchholz aus Döhle eröffnete die „überfüllte" Versammlung und erklärte: „Die Stimmen würden heute gezählt und nicht gewogen, daher gebe es nur die eine Parole: 'B a u e r n v o r d i e F r o n t ! Hinein in den Staat ! Hinein in die Parlamente !' … Darauf ergriff Landbundpräsident Hepp das Wort zu einer großangelegten Rede, in der er sich mit der notwendigen Schärfe, aber unter steter Wahrung größter Sachlichkeit mit der gegenwärtigen Lage befasste. Wir geben die Hauptgedanken der von tiefer Sachkenntnis diktierten Ausführungen in großen Zügen wieder." Es folgte eine – vordergründig – die Rede nur referierende Wiedergabe. Schwerpunkt war eine Kritik der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierungen im Reich und in Preußen. So sollten unter anderem die Erhöhung der Vermögenssteuer rückgängig gemacht, die „Grundvermögenssteuer" revidiert und die „Schullasten" anders verteilt werden.

„Grundsätzlich bekennen wir uns zu Maßnahmen der Sozialpolitik … Aber niemals kann ein Volk, in dem der Drang zum Stempeln lebt und nicht der Wille zur Arbeit sich wieder hocharbeiten." Zur politischen Einrahmung betonte Hepp: „Im Augenblick steht der Youngplan im Vordergrund." Die CNBL unterstützte das Volksbegehren. Hepp bekennt sich zur „nationalen Opposition".

Das „Hinein in die Parlamente !" mit einer Partei, der CNBL,

92 Nr. 89, LR an Reg.-Präs. Lüneburg, Oldenstadt 29.1.30. Zum letztlich positiven, abschöpfenden Verhältnis der NSDAP zur Landvolkbewegung s. a. LR Soltau an Reg.-Präs. 4.11.29.
93 LR Soltau an Reg.-Präs. Lüneburg, 4.11.29.
94 WIZ 19.10.29 und WIN 19.10.29.
95 WIZ 24.10.29.

kontrastierte aber mit der Beschwörung einer „berufständischen Bewegung" und der Hochschätzung für die „Reichsbauernfront" als „überparteiliches Gebilde". „Bei aller Verschiedenheit lehnt die Partei den Klassenkampfgedanken – Verhetzung der Großen gegen die Kleinen und umgekehrt – entschieden ab. Das Landvolk ist keine Klasse, auf dem Lande besteht noch die Volksgemeinschaft innerhalb der berufsständischen Bewegung fort." In einem Aufruf des Hannoverschen Landbundes wird auf die Bedeutung der Wahlen hingewiesen, eine „geschlossene Wahlbeteiligung des Landvolkes" gefordert und betont: „Am 17. November ist Wahlkampftag, der über das Geschick eines jeden einzelnen und des gesamten ländlichen Berufsstandes entscheidet."[96]

Der von Erich Brandt verfasste Bericht mit seiner – hier einleitenden – kurzen Wertbestimmung ist auch typisch für die Methode, die viele Blätter entwickelten, wenn sie regierungskritische politische Inhalte unterstützten, ohne ihren Status bei den Behörden in Frage zu stellen. Das amtliche Kreisblatt Winsener Nachrichten berichtete ebenfalls über die „Landvolkkundgebung", aber kürzer und in der Beilage „Aus der Heimat."[97] In der Haupttendenz stimmen die Berichte überein. Der Angriff auf die Weimarer Sozialpolitik fällt hier ähnlich aus: „man dürfe keine unbegrenzte Sozialpolitik betreiben, die alles zerschlagen müsse, die den Willen zur Arbeit hemme und die Moral gefährde."

Die „Landvolkbewegung" hatte in der Winsener Zeitung eine Plattform. Dort ließ sie ihre offiziellen Erklärungen erscheinen, nicht in den Winsener Nachrichten.[98] Brandt kannte den Landvolk-Aktivisten und früheren Chefredakteur der Itzehoer Zeitung *Das Landvolk*, Bruno von Salomon, persönlich. Ein bekannt gewordener Brief von Brandt an Salomon vom Juni 1929 führte zu einer Anfrage des Magistrates der Stadt Winsen. Brandt antwortete: „Mein großes Interesse für die 'Landvolkbewegung' ist rein beruflicher Natur."[99] Brandt ging 1930 als Redakteur für Politik und Wirtschaft in Stadt und Land zu den größeren *Lüneburgschen Anzeigen* und stand dort für die Öffnung des Blattes nach rechts in den folgenden Jahren bis hin zur NSDAP.[100]

Der Winsener Landrat sah die Versammlung der CNBL auch als Versuch, die Landvolkbewegung aufzufangen.[101] Diese Interpretation unterschlägt, wieweit die von ihm auch für den Kreislandbund beschworenen gemäßigten Kräfte schon in der Defensive waren. Auch die Landvolkbewegung setzte sie zunehmend unter Druck.

Bei den Wahlen am 17. November 1929 wurden auf Kreisebene und in den Städten des Bezirks die „berufsständischen" Gruppen stark. Die Hannoverschen Provinziallandtagswahlen sahen die NSDAP auf dem sechsten Platz. In einer Reihe von Dörfern des Regierungsbezirkes Lüneburg, zum Beispiel im Kreis Uelzen, kletterte sie auf dritte oder zweite Plätze oder wurde sogar stärkste Partei. Es gab einen Abmarsch von den alten politischen Parteien, wie die *Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide* konstatierte. Gewinner wa-

96 NAR 16.11.29, Beiblatt: „Auf zu den Wahlen!"

97 WIN 25.10.29.

98 Nur die erhielt wiederum die Anzeigen des Kleinbauernbundes.

99 Nr.89, Brandt an die Regierung zu Lüneburg, 4.11.29, überreicht „wunschgemäß" eine Abschrift seines Briefes an den Magistrat vom 19.10.29 als Antwort auf dessen Anfrage.

100 Peter Stein, Heimatzeitung und Hakenkreuz, Die Tagespresse in Lüneburg vor und nach 1933. In: Heimat, Heide, Hakenkreuz. Lüneburgs Weg ins Dritte Reich. Hrsg. vom Lüneburger Arbeitskreis „Machtergreifung". Hamburg 1984, S. 122 ff

101 Nr. 89, LR Winsen an Reg.-Präs. Lüneburg, 29.10.29. Der Kreislandbund Winsen habe gegenüber der Landvolkbewegung „noch nicht klar Stellung genommen" und sie nicht, „wie in anderen Gegenden .... zu seiner eigenen Sache gemacht". Er nimmt an, der Kreislandbund sei „bemüht, die Landvolkbewegung 'aufzufangen'. Nach dieser Richtung" könne man „vielleicht auch" die CNBL-Versammmlung in Winsen sehen. Die Lüneburgschen Anzeigen, durch ihre Kontakte vor Ort und ihre DVP-Linie stärker der Bezirksregierung verpflichtet, brachten zur CNBL-Kundgebung einen Artikel mit der ironischen Überschrift „Politischer Viehmarktbericht." Er versuchte, Hepp indirekt für die staatliche Politik zu vereinnahmen und bezweifelte dessen wirkliche Freundschaft für das Volksbegehren. Hepp habe „sehr sanft und dem Staate gegenüber loyal gesprochen." Diktion und Argumentation sprechen für eine Inspiration des Aufsatzes durch die Pressestelle der Regierung. LA 26.10.29 – Dieser Zeitungsbericht liegt auch in der (Regierungs-)Akte Nr. 89.

ren „die wirtschaftlich eingestellten Gruppen" und die NSDAP, „der offenbar gerade die jüngere Generation sich zugewandt hat."[102] Die Landvolkbewegung war nicht mit eigenen Listen angetreten.

Das Krisenjahr 1930. Die Attentate mögen der Landvolkbewegung 1929 einige Sympathien entzogen haben. Doch diese „Bewegung" diente anderen rechtsradikalen Strömungen im konservativen Milieu des Regierungsbezirkes weiter als Verbündeter.

In den ersten Monaten des Jahres 1930 nahm die Landvolk-Agitation im Regierungsbezirk wieder zu. Der Uelzener Landrat berichtete Ende Januar, dass sich im nördlichen Kreisteil „die Landvolkbewegung breit macht". In Dörfern der Ebstorfer Gegend fänden Zusammenkünfte von etwa 20 bis 30 Personen nach persönlicher Einladung statt. Hamkens und Reimers würden gelegentlich an den Besprechungen teilnehmen. Was da besprochen wurde, konnte nicht ermittelt werden. Vermutlich wolle man die Landwirte dazu bestimmen, ihre Steuern nicht zu bezahlen.[103] Die parallel zur öffentlichen Agitation laufenden mehr konspirativen Aktivitäten wurden auch aus anderen Kreisen gemeldet. Der Soltauer Landrat konstatierte: „Es ist nach wie vor schwer, die Bewegung mangels einer erkennbaren Organisation … irgendwie zahlenmäßig zu erfassen."[104]

Am 30. Januar 1930 tagte in Celle die Generalversammlung des Kreislandbundes, eröffnet durch seinen Vorsitzenden, den Rittergutsbesitzer Baron von Lüneburg aus Wathlingen. Anwesend waren auch Landrat Wilhelm Heinichen sowie weitere höhere Vertreter staatlicher Behörden und Einrichtungen. Von Lüneburg erklärte nach dem ausführlichen Bericht in der Celleschen Zeitung: „Der Youngplan droht, die Zinsknechtschaft an das internationale Kapital scheint besiegelt. An sofortige Besserung der Verhältnisse ist nicht zu denken !" Neu gewählt in den Vorstand des Kreislandbundes wurde der der Korvettenkapitän a. D. und Gutsbesitzer Thorwald von Bothmer aus Hetendorf. Der kritisierte den Geschäftsbericht und forderte, der Landbund „müsse Träger eines p o l i t i s c h e n Willens werden, der aus Erkenntnis hervorgehe und durch Schulung übertragen werde. … Der Zweck dieser politischen Schulung geht dahin, die materiellen und geistigen Ketten, die das Volk belasten, zu brechen und sein Schicksal in Freiheit zu gestalten. As Vorbild stellte Herr v. B. die Bauern Holsteins hin, die den Kampf um die Freiheit selbst in die Hand genommen hätten. Der Vorsitzende betonte diesen Ausführungen gegenüber den Wert der Kleinarbeit … Der Landvolkbewegung stehe man unparteiisch gegenüber und man wolle sich freie Hand bewahren; die Landvolkbewegung habe erst den Beweis zu erbringen, das sie mehr leiste als der Landbund."[105] Es kam nun „zu einer Auseinandersetzung" zwischen von Bothmer und dem Vertreter einer moderateren Position.

Das „Selbst-in-die-Hand-nehmen" der Landvolkbewegung in Gegenwart des Landrates als „Vorbild" hinzustellen, war, zumal nach den Bombenattentaten des vergangenen Jahres, nicht ohne Bri-

102 AZ 18.11.29, S. 1.
103 Nr. 89, LR an Reg.-Präs., 29.1.30.
104 ebd. 30.1.30.
105 CZ 31.1.30, 2. Blatt.

sanz. Und auch das „unparteiisch" das Vorsitzenden klang im Kontext defensiv und nicht nach Distanzierung.

Seinem Regierungspräsidenten berichtete Landrat Heinichen auch, was nicht in der Zeitung stand: Von Bothmer hatte die Verdienste Wilhelm Hamkens hervorgehoben, auf die Anwesenheit eines Mitglieds der Landvolkbewegung hingewiesen (der nicht namentlich genannte war Hermann Reimers) und zu einer vertraulichen Sitzung nach Schluss der Versammlung eingeladen. Bothmers Rede, so Heinichen, habe nur schwachen Widerhall gefunden. Allerdings sei „nicht zu verkennen, dass Herr v. Bothmer in seiner Gegend, namentlich unter jüngeren Landwirten, einen gewissen Einfluss besitzt. Was seine Persönlichkeit anlangt, so ist er ein geistig zweifellos reger und begabter Mann, gegen dessen persönliche Integrität nicht das geringste einzuwenden ist. Er lebt auch zweifellos nach seinen Idealen und stellt strenge Anforderungen an sich selbst. Seine ganze Ideenwelt ist aber stark von der völkischen Rassentheorie beherrscht und daher einseitig."[106] General Ludendorff sei früher häufiger sein Gast gewesen.

Heinichen schloss mit der Prognose, „dass der Kampf um die politische Radikalisierung des Landbundes in meinem Kreise keineswegs abgeschlossen ist". Sein Bericht spiegelt den gesellschaftlichen Eindruck, den der Gutsbesitzer auf den konservativen Landrat machte. So erscheinen Vertreter einer Ideenwelt à la Ludendorff als „begabt". Sein weiterer Weg führte Heinichen in die Reihen der „Märzgefallenen". Er wurde am 1.5.1933 Mitglied der NSDAP, blieb bis 1945 Landrat und wurde danach Oberbürgermeister in Celle.

Die Mehrheit der Kreislandbünde in Osthannover wurde in den kommenden Jahren, auch mit ihren Aufrufen und Anzeigen bei Wahlen, zu einem wichtigen Wegbereiter einer regionalen Harzburger Front bis hin zur „Machtergreifung" von 1933. Auch sie bildeten keine Partei, verfügten aber über eine relativ starke Organisation. Allein im Kreis Uelzen gab es 106 Ortsgruppen. Den Mitgliedern gehörte etwa die Hälfte des gesamten Kreisareals. Bei Kreistagswahlen wurden die Bünde mit der Aufstellung eigener Wahlvorschläge aktiv. Von den 17 Mitgliedern des Uelzener Kreistages gehörten 12 dem Landbund an.[107]

Der Winsener Landrat Horst von Windheim berichtete im Januar 1930, zwar sei die „eigentliche Landvolkbewegung" seit vorigem Herbst „nicht in die Breite gegangen". Doch „viele Landwirte" stünden, „ohne selbst Anhänger der Bewegung zu sein, derselben sympathisch gegenüber". Bei ihren Geldsammlungen für die Familien der Bombenattentäter hätten ihre „Mitglieder" auch „bei anderen Kreiseingesessenen (Mitgliedern des Landbundes und Mitgliedern des Stahlhelms)" etwa 1200 Reichsmark gesammelt. „Jedenfalls muss man feststellen, dass die Bombenattentate für einen großen Teil der Bevölkerung keinen Anlass gegeben haben, etwa von der Landvolkbewegung abzurücken, was auch daraus hervorgeht, dass der an den Bombenattentaten beteiligte Amandus Vick aus Rönne

106 Nr. 89, LR Celle an Reg.-Präs. Lüneburg, 1.2.30.
107 CZ 31.1.30.

[Kreis Winsen] vom Landbund für den Kreistag aufgestellt war und zwar an aussichtsreicher Stelle." Hermann Reimers wurde 1929 in Bleckede in den Kreistag gewählt.

Das Landvolk, so Landrat von Windheim weiter, meide zurzeit die öffentliche Agitation und öffentliche Versammlungen. Es treibe Agitation von Mund zu Mund oder in geschlossenen Versammlungen. Er glaubte, „dass die Landvolkbewegung unter der Asche glimmt".[108] Doch im Spätwinter und Frühjahr gab es wieder eine Reihe öffentlicher Landvolkkundgebungen. In Schneverdingen spricht Reimers bei „gutem Besuch". Der Versammlungsleiter zeigte sich erfreut, dass „so viele Landwirte mit ihren Frauen erschienen" waren. Die *Soltauer Nachrichten* jubelten der „großangelegten und begeisternden Rede" zu. Sie „atmete gesunden, vaterländischen Geist, der uns hinaufführen kann zu lichteren Höhen, wenn von der Bewegung alle Kreise restlos erfasst werden." Und die Zeitung nennt am Fuße ihres Berichtes schon die nächste Landvolkwerbung, am 5. März in Winsen, mit „Landvolkvorkämpfer" Wilhelm Hamkens. „Wer zur Herdbuchauktion fährt, versäume nicht den Besuch der Kundgebung."[109]

Im Winsener Schützenhaus sprach Hamkens noch extremer als in der Uelzener Kundgebung. Die Versammlung im großen Saale des Schützenhauses fand im Anschluss an eine Auktion der Lüneburger Herdbuchgesellschaft statt. Der überwachende Polizeibeamte zählte als anwesend zu Beginn „schätzungsweise" 302 Männer und 15 Frauen, zum Schluss 370 Männer und 15 Frauen. Seine lange, ausführliche Mitschrift dokumentiert unter anderem einen überschießenden Antisemitismus mit dunklen Verschwörungstheorien.[110]

Hamkens wandte sich „gegen die in Berlin regierenden art- und volksfremden Judenknechte … der wirkliche Feind ist das internationale Judentum. … Unser volksfremder Feind … Die Seele hat er uns genommen, durch den Einfluss, den das Judentum auf allen Gebieten von Kunst, Wissenschaft … ausübt. … Zinswucher des Judentums … diesen Strohpuppen und Feiglingen in Berlin, die nur dem internationalen Judentum dienen … Ihr müsst und sollt solange Steuern bezahlen, wie ihr noch einen Pfennig im Haus habt, damit die Juden sich ihre Taschen füllen … wir sind Männer und keine vom Gifte Judas entnervten Schwächlinge." Inflation, Steuergesetzgebung, Hauszinssteuer, Grundvermögenssteuer – alles das sei „das jedem deutschen (sic) feindliche jüdische System". Die ganze Weimarer Republik, von ihrer Entstehung durch die Novemberrevolution bis zur Gegenwart wurde als jüdisch gesteuerte Verschwörung gegen die besitzenden „Deutschen" gezeichnet.

Hamkens beschwor den aufrechten Mann und das kämpferische Vorbild Schleswig-Holsteins: „Wenn da heute so ein Feigling einen Mantel eines Oberpräsidenten, Präsidenten oder Landrates umhängt, so katzbuckeln wir … In Schleswig-Holstein habe sich der Staatsanwalt verrechnet. Dort wären die Leute standhaft geblieben und hätten sich lieber den Kuckuck ankleben lassen, als das sie ihr Geld durch das Finanzamt ihren jüdischen Feinden gegeben hätten." Er

108 Nr. 89, Bericht vom 23.1.1930.
109 SN 1.3.30: „Landvolkbewegung – Freiheitsbewegung. Landvolkvorkämpfer Reimers spricht in Schneverdingen."
110 Nr. 89, Bericht vom 4.3.30 als Anlage zu einem Bericht des Reg.-Präs. Lüneburg an den Preußischen Innenminister, mit Abschrift an den Oberpräsidenten in Hannover und den Oberstaatsanwalt in Lüneburg, dem Aufforderung zum Steuerstreik und Beleidigung von Regierungsmitgliedern angezeigt wird.

dürfe allerdings „nicht zum Steuerstreik auffordern, denn dann mache er sich strafbar".

Die zentralen Versatzstücke vor allem der antisemitischen Weltanschauung und Propaganda Wilhelm Hamkens' wiederholen sich in der Mitschrift. Sie ist auch wegen dieser Detailliertheit ein glaubwürdiges Dokument. Wilhelm Hamkens' Biographie, vom „Frontoffizier" im Ersten Weltkrieg zum Mitglied der „Organisation Escherich" und des Stahlhelms bis hin zur Landvolkbewegung, zeigt die Verwurzelung im völkisch-antisemitischen Lager.

Die Versammlung war von Reimers einberufen worden. Auch er sprach noch schärfer als in Uelzen: „Wir wollen dem augenblicklichen deutschen Regierungssystem keine Folge mehr leisten und lehnen dieses System als unsittlich, unmoralisch und undeutsch ab. Das jetzige System entspricht nicht dem deutschen Wesen und wurde uns von artfremden Ostjuden aufgezwungen. Es ist ein System der Lüge und der Unwahrheit."

Jenseits der Beschwörung von sozialer Harmonie und Volksgemeinschaft machten die Redner auch hier den Klassencharakter der Landvolkbewegung deutlich: „Der heutige Feindgeist habe auch den Zwist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verursacht. Die heutige Entlohnung nach Zeit sei ebenfalls unsittlich und müsse durch die nach Leistung ersetzt werden. Der Achtstundentag sei ein Schädling an der Wirtschaft."[111] In einer Lüneburger Landvolkversammlung erklärte der Molkerei- und Elektrizitätswerkbesitzer Stamer aus Bleckede,[112] „dass der Arbeiter nicht 8 Stunden, sondern 10 Stunden arbeiten müsse, denn nur durch Arbeit würde neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen". Luhmann monierte, dass „genügend Arbeitslose umherliefen, die aber nicht arbeiten wollten." – ein klassischer Unternehmer-Topos in Zeiten hoher – und hier bald höchster – Arbeitslosigkeit.[113]

Jenseits ihrer Beschwörung einer (nationalistischen) Solidargemeinschaft aller Deutschen vertrat die Lüneburger Landvolkbewegung bei konkreten Themen der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik die Interessen und den sozialen Blickwinkel der selbständigen Landwirte und ländlichen Handwerksmeister. Dazu gehörte auch der in anderen Versammlungen erhobene Vorwurf, die Regierung schütze die städtischen Konsumenten und benachteilige die ländlichen Produzenten. Der beobachtende Oberlandjäger Göbel brachte die soziale Perspektive der Bewegung besser auf den Punkt, als mancher dem konservativen Milieu verhaftete Landrat, wenn er über eine Landvolkversammlung berichtete: „Es fehlten fast ganz die Leute der werktätigen Bevölkerung."[114]

Die konservative Weimarer Kulturkritik wurde von Reimers in der Winsener Versammlung mit der geballten Schlichtheit der kulturellen Reaktion verabreicht: „ … dass die heutigen Machthaber vor einer Zerstörung der heiligen Ehe und des Deutschen Familienlebens nicht zurückschreckten. … Ein Schmierfink wie Remarque … überall Jazzmusik der Neger und Hottentotten …Überall .. jüdische Zotigkeit und jüdischer Kitsch in der Kunst."

111 Hamkens hatte beklagt, „der deutsche Bauernsohn, der deutsche Knecht und die deutsche Magd" müssten in die Stadt auswandern, „wo sie als wurzelloses Produkt verproletarisieren und verkommen".

112 Diese Besitzzuschreibung findet sich in einer von Stamer mit unterschriebenen Anzeige „Offener Brief an den Verwaltungsapparat" in der WIZ vom 18.12.29 – Der Vierteljahresbericht des Harburger Polizeipräsidenten Wentker an Herbst vom 3.7.29 zählte Stamer zur NSDAP, s. Stegmann, Radikalisierung, S. 186.

113 Nr. 89, Bericht der Abteilung I A der LKP Harburg-Wilhelmsburg vom 28.4.30.

114 Nr. 89, Landjägerposten Barskamp an LR Bleckede, 22.12.29, Versammlung vom 21.12.29.

In der folgenden Aussprache meldete sich der Nationalsozialist Bödicke: „Ich unterstreiche die Ausführungen meiner Vorredner und unterstütze mit recht die Aufforderung derselben zum Steuerstreik." Und er schloss, den Gedankengängen der Redner folgend, angelehnt an die deutsch-konservative Trias aus Kaisers Zeiten (wo Schwarz allerdings für die Katholiken stand): „Wir müssen uns auf uns selbst besinnen und alles Internationale von uns abschütteln. In Deutschland herrschen z. Zt. drei Internationalen. Eine schwarze – das seien die überstaatlichen Elemente der Freimaurer und Juden – eine goldene und eine rote. Was uns fehlt, ist die Heldennatur eines deutschen Diktators."

Hamkens betonte seine Überparteilichkeit: „Ich spreche hier nicht für eine Partei, ich fordere sie auch nicht auf, irgend einer Partei beizutreten oder Beiträge zu zahlen, nein, ich rede nur für unser Volk."[115] Der Lüneburger Regierungspräsident meinte dagegen schon im Oktober 1929: „Die führenden Personen in der Landvolkbewegung gehören zum Teil dem Tannenbergbund und zum Teile der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei an. Auch bestehen gewisse Beziehungen zwischen dem Landbund und der Landvolkbewegung."[116] Diese „Beziehungen" waren im Regierungsbezirk vorhanden, denn die soziale Basis des „Landvolks" überschnitt sich mit der der genannten Organisationen. Ein Teil ihrer Mitglieder nahm sie deshalb auch als Konkurrenz wahr.[117] Oder es gab Kritik an den Attentaten, wenn sie die Legalität von Stahlhelm und NSDAP gefährdeten.[118] In der Hauptsache aber überwog die in zentralen Punkten gemeinsame politische Stoßrichtung.

Über die Winsener Versammlung berichtete die Winsener Zeitung ausführlich.[119] Etwa 500 Personen hätten teilgenommen. Damit zählte der WIZ-Redakteur rund hundert Personen mehr als der Polizeibeamte. Doch in seinem Bericht gibt es kein antisemitisches Wort. Auch die Angriffe auf die preußische Regierung und Verwaltung sind, im Vergleich zur zitierten Mitschrift, deutlich abgemildert. Und Hofbesitzer Ernst Becker aus Rottorf (Kreis Winsen) erklärt hier, dass die mehrfachen Waffenfunde aus dem berechtigten Gefühl der Notwehr zu erklären seien, „Waffen in der Hand von Bauern hätten noch niemals einen Staat gestürzt"., Diese Wiedergabe signalisiert indirekt Verständnis für die aufgebrachten Bauern, auch wenn sie mal über die Stränge schlagen. Nach Polizeibericht forderte Becker „für den Bauern das Recht, sich mit blanker Waffe zu rüsten" weil „in der Notwehr jedes Verteidigungsmittel nach dem Gesetz erlaubt sei. … also stünde dem Bauern auch das Recht zu, sich zu bewaffnen". Die WIZ notierte auch, dass in der Aussprache nach den Reden „ein Nationalsozialist die Ziele seiner Partei" nannte.

Die Abmilderung der Ausfälle gegen Regierung und Verwaltung in der Wiedergabe von Landvolkversammlungen durch Zeitungsberichte sind kein Einzelfall. Hier spielen einmal die gouvernementalen Beziehungen der Kreisblätter eine Rolle. Daraus hätte sich, be-

115 Nr. 89, Bericht vom 4.3.1930.
116 Stegmann, Radikalisierung, S.155.
117 Nr. 89, LR Uelzen an Reg.-Präs. Lüneburg, Oldenstadt 29.1.30.
118 Anfang September 1929 fand eine nichtöffentliche, vertrauliche Versammlung mit Landvolk-Aktivisten statt. Es wurde zum Steuerstreik aufgerufen. Der anwesende Stahlhelmführer von der Wense aus Holdenstedt soll erklärt haben, das Vorgehen des „Landvolks" ginge zu weit. Nr. 89, Magistrat der Stadt Uelzen an Reg.-Präs. Lüneburg, 14.9.29.
119 WIZ 6.3.30: „Hamkens spricht in Winsen. Landvolkkundgebung in der Schützenhalle."

sonders nach den Bombenattentaten, aber eher eine kritische, ja abwehrende Haltung gegenüber den Gegnern einer demokratischen Republik ergeben müssen. Erst wenn man den Einfluss des antidemokratischen, scharf antiegalitären Milieus und seiner Zeitungs- und Anzeigenkunden hinzunimmt, erklärt sich die Haltung vieler Kreisblätter näher. Die half der Landvolkbewegung, in diesem Umfeld nicht als bloße Radaubrüder, sondern eher als zu Unrecht Leidende dazustehen. Das Verschwinden überbordender antisemitischer Teile gehört dazu.

Die hier ausführlich wiedergegebenen Landvolk-Reden in Uelzen und Winsen sind exemplarisch für die Kritik der Schleswig-Holsteiner und ihrer verbündeten Niedersachsen an Politik und Gesellschaft. Sie waren in größeren Teilen standardisiert und wiederholten sich in weiteren Versammlungen. Nach den Attentaten von 1929 betonten die Redner häufiger, sie wollten nur legale Aktionen. Doch als ein im Lüneburger Bezirk wirksamer Teil der Aktivisten aus der Untersuchungshaft entlassen war, verstärkte sich in einigen Versammlungen die direkte oder indirekte Verteidigung der gewaltsamen Aktionen. „In einer sehr gut besuchten Landvolkversammlung", so berichtete der Kreiskorrespondent der *Winsener Zeitung* im März 1930 aus dem Dorf Obermarschacht, sprachen Vick, Luhmann und Becker. Vick erklärte, „dass die Bombenanschläge Warnungssignale in 12. Stunde hätten sein sollen".[120]

Der überwachende Landjäger spricht von 120 bis 130 Teilnehmern aus den umliegenden Dörfern.[121] Der Lüneburger Regierungspräsident beschwerte sich beim Preußischen Innenminister: „M. E. ist es vollkommen untragbar für die Autorität des Staates, dass die Bombenattentäter die Zeit, die ihnen durch die Entlassung aus der Untersuchungshaft gegeben worden ist, dazu benutzen, um im Lande umherzureisen und in dieser Weise gegen den Staat Propaganda zu treiben."[122] Dabei hielten sie „die gleichen Vorträge in dauernder Folge".[123]

Zählten die Sozialdemokraten vor 1914 für die meisten höheren Verwaltungsbeamten und konservativen Parteien zu den Staatsfeinden, so waren es jetzt sozialdemokratische Regierungspräsidenten, die die Staatsfeinde in der Landvolkbewegung verfolgen. Das war für die Landvolk-Aktivisten eine verkehrte Welt.[124]

Viele Landvolkbewegte landeten schließlich bei der NSDAP, begleitet von einer Gruppe von Landräten. Dazu gehörte auch der Lüneburger Landrat Wilhelm Albrecht, Landrat von 1917-1945, Pg. ab 1.5.33.[125] So konnten die „Staatsfeinde" von vor „33" schließlich mit ihren früheren „Verfolgern" in der Ortsgruppe der Partei gemeinsam diskutieren.

Letzte Welle, Verebben und finanzielles Ausbluten. Im Frühjahr 1930 gab es eine Reihe weiterer Landvolk-Kundgebungen. Allein vom 3. bis zum 12. April wurden im Landkreis Uelzen noch sieben öffentliche Versammlungen angekündigt, doch sollen nach den amtlichen Angaben im Durchschnitt nur 20 Besucher erschienen sein.[126]

120 WIZ 18.3.30.

121 Nr. 89, Landjägerposten Bardowick an LR Lüneburg, 16.3.30 (kurzer Bericht).

122 Nr. 89, [17.3.]30 – s. a. 27.4.30 in Lüneburg, Wellenkamps Hotel. Redner Kühl, Vick und Luhmann und als Gegenredner der Vorsitzende der Ortsgruppe Lüneburg des Reichsbanners, Voß. Luhmann erklärte: „Mit gesetzlichen Mitteln erreichen wir heute nichts mehr. ... Durch die Bombenwürfe hätten sie ihre Mitmenschen nur auf ihr Elend hinweisen wollen." – Nr. 89, Bericht der Abteilung I A (Politische Polizei) Harburg vom 28.4.30 als Anlage zu einem Bericht des Harburger Polizeipräsidenten an den Lüneburger Reg.-Präs. vom 5.5.30.

123 Nr. 89, Reg.-Präs. an den Preußischen Innenminister, Lüneburg, 23.4.30.

124 Z. B. Vick aus Rönne am 6.10.29 in Uelzen: „Der Bauer ... sei staatsbejahend und staatserhaltend." s. SN 28.11.29 – Johann Kühl, „Das Landvolk"-Redakteur in Itzehoe, am 10.7.30 in Soltau: „Das Landvolk stände zum Staat bejahend. Sie müssten aber das politische Parteiensystem ablehnen." (s. Nr. 89, Abschrift).

125 Vgl. Wer war Landrat Albrecht? Ein Beitrag zur Diskussion um die Umbenennung der Lüneburger Landrat-Albrecht-Straße, hrsg. von der VVN-BdA, Lüneburg 2012.

126 Nr. 89, Aufstellung des Uelzener Landrates vom 10.4.30.

Die Ebstorfer Zeitung berichtete von „einer verhältnismäßig gut" besuchten Kundgebung im Flecken Ebstorf und schloss ihre referierende Darstellung mit dem Satz: „Nach einem kurzen Schlusswort von Herrn Becker fand die angeregt verlaufende Versammlung ihren Abschluss."[127] Auch im Mai gab es noch eine Reihe von Kundgebungen mit teils schwachem, teils gutem Besuch. Immerhin konnten die Zugpferde Vick, Becker und Luhmann noch sprechen.[128] Insgesamt ist bis zum Sommer aber ein Rückgang der Beteiligung und der weiteren öffentlichen Aufmerksamkeit zu verzeichnen. Die staatliche Repression hatte sich verstärkt. Ende März 1930 war ein neues „Gesetz zum Schutz der Republik" in Kraft getreten. In seiner juristischen Interpretation durch die Behörden waren die Verherrlichung oder ausdrückliche Billigung der Bombenattentate strafbar. So war es leichter, Versammlungen zu verbieten oder aufzulösen, wie es zum Beispiel im Mai in Soltau geschah.

Die *Soltauer Nachrichten* sprachen in ihrem Aufmacher von einer „machtvollen Kundgebung … die von einigen hundert Landwirten besucht war".[129] Es sprachen Becker, Vick und als letzter Luhmann. Während dessen Rede erhob sich ein Kommissar von der Landeskriminalpolizeistelle Harburg und erklärte die Versammlung für aufgehoben. Die Zeitung nahm scharf gegen den Beamten Stellung. Seine Begründung für das Verbot sei nur eine im Saale entstandene Unruhe gewesen und die habe es nicht mal gegeben. Das rechtsgerichtete *Harburger Tageblatt* kritisierte, dass noch nicht gerichtlich abgeurteilte Personen schon als „Verbrecher" hingestellt würden.[130] Die Lüneburger Regierung versuchte, ein Redeverbot gegen Becker, Luhmann und Vick durchzusetzen, aber die Landräte reagierten nicht einheitlich.

Am 7. Juli sprachen Becker und Luhmann in Dahlenburg vor 150 Menschen ungehindert, trotz Anwesenheit eines Landjägers.[131] Am 10. Juli hatte die Landvolkbewegung ihren letzten größeren öffentlichen Auftritt in Soltau, im Anschluss an eine Versammlung des Kreislandbundes. Nach den Reden von Kühl und Wallis rief jemand aus der Versammlung „Jetzt kommt Luhmann". Der Versammlungsleiter teilte mit, Luhmann und Becker dürften auf höhere Anordnung nicht sprechen. „Da sprach Luhmann von der Galerie herab, dass er von einem Redeverbot nichts wisse und seine Rede von damals fortzusetzen gedenke." In polizeilicher Begleitung ging Luhmann dann zum Rathaus, wo ihm die amtliche Verordnung gezeigt wurde.[132]

Finanziell war es die NSDAP, die in der Region zunehmende Potenz zeigte. Ein Beispiel: Für die Landvolk-Kundgebung in Winsen am 5. März wurde durch eine mittelgroße Anzeige in der Winsener Zeitung geworben. Sie kündigte die „Landvolkvorkämpfer" Hamkens und Reimers als Redner an. Für die Versammlung in Obermarschacht am 15. März warb nur ein kleines Inserat ohne Namensnennung.[133] Schon doppelt so groß ist die Ankündigung einer Veranstaltung in dem Dorf Warwisch durch die NSDAP, Bezirk Vierlanden, obwohl der Ort nicht zum Kreis Winsen, sondern zu Hamburg gehörte (wenn auch noch zum Einzugsgebiet der Zeitung). Darunter

127 IHK 17.5.30, S. 1 – Die Ebstorfer Zeitung. Lokalblatt für das alte Amt Ebstorf. Amtlicher Anzeiger für den Flecken Ebstorf und den Kreis Uelzen erschien nur dreimal wöchentlich (dienstags, donnerstags und sonnabends).

128 Nr. 89, LR Uelzen an Reg.-Präs., 10.4.30 – LR Lüchow an Reg.-Präs., 20.5.30: Versammlung in Lüchow am 17.5.30 wegen zu geringer Beteiligung ausgefallen, ebd. 10.6.30: dito am 4.6.30, erschienen waren nur 14 Personen. In Amelinghausen kamen am 6.4.30 dagegen 160 Teilnehmer und in Kirchgellersen 180 Personen, was für diese Orte viel ist (LR Lüneburg an Reg.-Präs., 7. und 8.4.30).

129 SN 20.5.30: „Die Landvolkversammlung in 'Stadt Bremen' polizeilich aufgehoben!"

130 HTB 20.5.30: Luhmann habe gegen das Republikschutzgesetz verstoßen, berichtete das Harburger Polizeipräsidium. Becker wurde in Schutzhaft genommen, um eine Fortsetzung der Versammlung zu verhindern. Die Versammlungsteilnehmer nahmen gegen die einschreitenden Beamten eine drohende Haltung ein.

131 Nr. 89, Landjägerposten Dahlenburg an LR Bleckede, 8.7.30.

132 SN 11.7.30: „Landbund-Versammlung und anschließend Landvolk-Kundgebung." Zu dieser Versammlung war mit einer kleineren Anzeige geworben worden: SN 8.7.30 – s. dazu Nr. 89, Bericht über die Landvolkversammlung am 10.7.30 in Soltau, Abschrift, Pol.-Präs. Harburg an Reg.-Präs. Lüneburg, 15.7.30.

133 WIZ 4.3. und 13.3.30.

warb eine ebenso große Anzeige für öffentliche Versammlungen der NSDAP in zwei Dörfern des Kreises Winsen. Im April gibt es nach einem größeren Inserat für eine „Öffentliche Versammlung" der NSDAP in einem weiteren Dorf des Landkreises schließlich als Krönung einen stattlichen Aufruf (ca. 20 Prozent der Zeitungsseite) zu einer „großen Kundgebung" im Winsener Schützenhaus zum Thema „grüne Front". Er schließt mit dem volksgemeinschaftlichen Appell: „Arbeiter, Bauern, Bürger und Handwerker erscheint in Massen !!"[134] Der ausführliche Bericht der WIZ zur Kundgebung referierte die positive Selbstanschauung und die politischen Ziele der Redner ohne ein kritisches Wort. „Im großen Saal des Schützenhauses versammelten sich gestern nach der Herdbuch-Versteigerung zahlreiche Landwirte der Einladung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei folgend. Hier und da sah man auch Bürger unserer Stadt, doch überwogen in Anbetracht … des Themas … bei weitem die Teilnehmer aus dem Landgebiet."[135]

Die Zuchtviehversteigerungen der Lüneburger Herdbuchgesellschaft zogen diesmal Bieter nicht nur aus dem ganzen Regierungsbezirk, sondern, so berichteten die *Winsener Nachrichten* gleichzeitig, „auch aus Mecklenburg, Sachsen und dem Hamburger Landgebiet an."[136] Adolf Hitler nutzte diese kommunikative Reichweite vor den preußischen Landtagswahlen 1932 für einen Auftritt in Winsen.

Das Verebben von Landvolkversammlungen mit allgemeiner politischer Stoßrichtung ab Sommer 1930 wurde durch den Reichstagswahlkampf beschleunigt. Nach der Auflösung des Reichstages durch Hindenburg und Brüning am 19. Juli 1930 und der folgenden Ausschreibung von Reichstagswahlen nahm der Wahlkampf ab etwa Anfang August Fahrt auf. Er verstärkte im Regierungsbezirk die öffentliche Aufmerksamkeit für politische Parteien, vor allem für die NSDAP. Sie erlebte einen weiteren, dynamischen Aufstieg, nicht zuletzt in den Kreisblättern. Viele von ihnen gaben der Darstellung von Versammlungen der Nationalsozialisten immer häufiger und mehr Raum.

In frühen Schwerpunkten schon zum Volksbegehren und zu den November-Wahlen 1929 verstärkt, stieg der Inseratenpegel der NSDAP in einer wachsenden Zahl von Kreiszeitungen bis zu den Juliwahlen 1932 stark an. Und NSDAP-Anzeigen bedeuteten in der Regel auch eine eher positive Beachtung der Partei-Veranstaltungen. Über soviel Geld verfügte die „Landvolkbewegung " bei weitem nicht.

Die NSDAP etablierte sich so auch durch ihre kostspielige Werbung im konservativen bäuerlichen und bürgerlichen Milieu. Die Wahrung eines legalen Scheins durch die Nationalsozialisten war erfolgreicher als die Bomben des „Landvolks". Die Gewalt der SA tat der Partei im Lüneburger Land keinen Abbruch. Sie richtete sich ja vor allem gegen die gehassten Kommunisten und (Reichsbanner-) Sozialdemokraten in den größeren Städten. Das neue Reich könne „nicht ohne Blut entstehen", hatte Hofbesitzer Becker in einer öffentlichen Versammlung erklärt.[137]

134 WIZ 25. und 29.4.30.
135 WIZ 1.5.30.
136 WIN 6.3.30.
137 Nr. 89, Polizeipräs. Harburg-Wilhelmsburg an Reg.-Präs. Lüneburg, 11.4.30

Auf die Dauer war die Landvolkbewegung nicht erfolgreich, weil sie keine politische Partei bilden konnte und deshalb auch keine kontinuierliche Finanzierung kannte. Die Kosten der Verteidigung im Strafprozess verschärften zudem die finanziellen Sorgen der Aktivisten. Das finanzielle Ausbluten spielte, neben einem wachsenden Verfolgungsdruck durch die Behörden, auch in der Öffentlichkeitspolitik der Bewegung eine wichtige Rolle. Amandus Vick und Ernst Becker waren zwar im Januar 1931, nachdem sie Revision gegen ihre Verurteilung eingelegt und deshalb vorläufig aus der Haft entlassen waren, „sehr viel unterwegs" und hielten „bis zum Kreise Uelzen hinunter" Versammlungen ab, doch „jetzt anscheinend ohne öffentliche Ankündigung", wie der Landrat fast bedauernd anmerkte, denn das erschwerte die polizeiliche Überwachung.[138]

Ein Verzicht auf Zeitungsanzeigen für ihre Kundgebungen bedeutete eine starke Verminderung der öffentlichen Resonanz für die Bewegung. Diese Publizität im konservativen Milieu zu wahren und auszubauen ist ein treibendes Motiv für den „Legalitätskurs" der NSDAP gewesen.

Um Geld zu sammeln, so berichtete der Winsener Landrat im März 1931, „sind die Bombenattentäter Vick, Becker und Luhmann wieder in den Nachbarkreisen, insbesondere in den Kreisen Lüneburg, Bleckede und Uelzen an der Arbeit". Unterstützer der Bewegung verpflichteten sich durch einen Revers, jeden Monat eine bestimmte Summe auf die Spar- und Darlehenskasse in Wittorf zu überweisen.[139] Und der Harburger Polizeipräsident Wentker konstatierte zur gleichen Zeit, dass die Landvolkbewegung im Bezirk der Landeskriminalpolizei „nahezu zum Erliegen gekommen ist und dass, wenn die Finanzen der Bewegung in dem derzeitigen Zustande bleiben … sie als innerpolitischer Faktor nicht mehr beachtlich ist".[140]

Nachdem die Urteile schließlich rechtskräftig geworden waren, fehlten dem „Landvolk" weitere Redner. Aus dem Lüneburger Gebiet kamen ja nur eine Handvoll Dauerredner, an der Spitze Hermann Reimers.

Die Bewegung sei in Schleswig-Holstein „in letzter Zeit mehr und mehr zusammengebrochen" schrieb der Schleswiger Regierungspräsident im September 1931 seinem Lüneburger Kollegen.[141] . Das bedeutete auch für die Lüneburger Region eine zusätzliche Schwächung des Rednerpotentials. Oder soll man diesen Bezirk als Rückzugsgebiet einiger Schleswig-Holsteiner betrachten ? Bruno von Salomon, der inzwischen bei Amandus Vick in Rönne wohnte, versuchte sich 1931 hier als Redner, mit eher geringem Erfolg.[142] Vielleicht beschreibt man den Rückgang der politischen Bedeutung der Landvolkbewegung besser mit einem Nachlassen des Interesses in „weiteren Kreisen der Landbevölkerung", wie dies der Uelzener Landrat Anfang März 1931 formulierte. Ein Teil sei auch zur NSDAP übergetreten.[143]

Vicks politischer Weg war aber nicht zu Ende. Noch 1951 kandidierte er bei einer niedersächsischen Landtagswahl für die NSDAP-

138 Nr. 89, LR Winsen an Reg.-Präs. Lüneburg, 24.1.31.
139 Nr. 89, LR an Reg.-Präs. 31.3.31.
140 Stegmann, Radikalisierung, S. 158: Wentker an den Polizeipräsidenten Abt. I A Berlin, Grzesinski, 31.3.31. Zur Geldknappheit der Landvolkbewegung s. a. Nr. 89, LKP-Stelle Altona, z. Zt. Itzehoe 21.10.29.
141 Nr. 89, Schreiben vom 4.9.31.
142 Nr. 89, LR Winsen an Reg.-Präs. Lüneburg, 24.1.31; Polizeipräsident Harburg-Wilhelmsburg an Reg.-Präs. Lüneburg, Eingang 8.3.31: Salomon sprach in den Kreisen Winsen, Lüchow und Dannenberg.
143 Nr. 89, LR an Reg.-Präs., 6.3.31.
144 Der Spiegel, 2.5.51, S. 7.

Nachfolgerin *Sozialistische Reichspartei* im Wahlkreis 58 (Winsen).[144]

Ausklang. Die Landvolkbewegung als eigenständige politische Kraft schrumpfte zwar deutlich, doch es gab in den Jahren 1931 und 1932 noch eine Reihe von ländlichen Protesten, vor allem gegen Zwangsversteigerungen von Bauernhöfen. „Ausgangspunkt der Bewegung ist bereits wie in früheren Jahren die Provinz Schleswig-Holstein", schrieb Gustav Noske, Oberpräsident der Provinz Hannover im März 1932 seinen Regierungspräsidenten. Vor allem im Regierungsbezirk Lüneburg, dann aber auch in Stade und Aurich kam es zu aktivem Widerstand gegen Zwangsvollstreckungen, an dem sich jetzt die KPD beteiligte. Neben der direkten Behinderung der Versteigerungen wurde Druck auf anwesende mögliche Ersteigerer ausgeübt, kein Gebot abzugeben. Im Regierungsbezirk Stade wirkte dieser vom Kreislandbund forcierte Boykott so stark, dass nach Einschätzung des Regierungspräsidenten keine Zwangsvollstreckung mehr möglich war, „durch völligen Mangel an Geboten".[145]

Im Vergleich zur Gesamtzahl der Höfe war der Verlust durch Bankrott bei den Landwirten im Regierungsbezirk nicht bedeutend. Das zeigt auch die Kontinuität von Besitz und ländlicher sozialer Dominanz nach 1945. Die sieben bis acht Millionen Arbeitslosen der Weltwirtschaftskrise lebten auf einer anderen Ebene. Bei den Arbeitern und Angestellten, die noch „in Lohn und Brot" standen, drückten Kurzarbeit und der Reallohnverlust.

Auch wenn sie schließlich versandete, die „Landvolk-Bewegung" Schleswig-Holsteins leistete auch im Lüneburger Regierungsbezirk einen deutlichen Beitrag zur Radikalisierung ländlicher Regionen – nicht zuletzt durch die von ihr entsandten Redner. Die waren in ihrer Mehrheit „Hofbesitzer", Landwirte, keine Rechtsintellektuellen, und kamen im ländlichen Milieu mental und verbal an. Die Landvolk-Bewegung war im Lüneburger Bezirk nicht „vielfach von Land- und Standfremden getragen", wie Regierungspräsident Herbst im Oktober 1929 behauptet hatte.[146] Es sprachen meist Landwirte zu ihrem „Stand".

Trotz der Abgrenzung der NSDAP-Führung gegen die Konkurrenz der Landvolkbewegung und deren Bombenattentate führten die starken ideologischen Überschneidungen im Alltag zu manchen freundschaftlichen, politisch nachbarlichen Kontakten.[147] Das sah man unter anderem in der Uelzener Versammlung, also in einer Region früher NS-Hochburgen. Dort zeigte sich ja eine Reihe von Versammlungsteilnehmern mit Stahlhelm- und NSDAP-Abzeichen, einige auch in SA-Uniform. Die Nationalsozialisten konnten die Landvolkbasis, die sich zu einer Reihe von Kundgebungen versammelte, nicht feindlich angreifen, wenn man sie gewinnen wollte. Insgesamt hat die Lüneburger Landvolkbewegung keine Breite wie in Schleswig-Holstein erreicht, aber sie diente der antidemokratischen politischen Bewegung gegen „Weimar" als ein Vorbild. Ob sie 1929/30 für die embryonale Entwicklung des zweifach schwarz-

145 Stegmann, Radikalisierung, S. 160 ff.

146 ebd., S.153.

147 Lorenzen-Schmidt, S. 50, formuliert für Schleswig-Holstein die These „Eine Vereinnahmung der Protestbewegung durch die Nazis war nicht möglich." Dies gilt so für das Lüneburger Land nicht und ist wahrscheinlich auch für Schleswig-Holstein zu pauschal. Die starken ideologischen Überschneidungen zwischen NSDAP und „Landvolk" konstatiert auch er.

weiß-roten Bündnisses von 1933 im Lüneburger Bezirk einen ähnlichen oder gar stärkeren Katalysator als in Schleswig-Hostein stellte, muss eine weitere vergleichende Forschung zeigen. Dabei kann eben nicht nur die NSDAP betrachtet werden.

Bracher schreibt in seinem Standardwerk zur „Auflösung der Weimarer Republik", erschienen zuerst 1955: „Die Tendenz zur Entmachtung des Parlaments drückte sich besonders in der fortwährenden Kritik am Parteienstaat überhaupt aus, die mehr noch als heute weite Kreise der Bevölkerung erfasst hatte."[148] Diese in der Geschichtsschreibung noch gängige These muss jedoch korrigiert und differenziert werden. Einerseits gab es eine Ablehnung von Parteien und Parlamentarismus gerade in den „berufsständischen" Bewegungen. Das gilt auch für die Landvolkbewegung.[149] In welche Widersprüche sie sich dabei verwickelte, ist hier sichtbar geworden. Andererseits konnten die rechtsgerichteten außerparlamentarischen politischen Verbände die Weimarer Republik nicht oder nicht alleine überwinden. In der Lokal- und Regionalpresse Nordostniedersachsens demonstrieren viele Inserate in der Agrar- und Wirtschaftskrise ab 1928/29 die hoch eingeschätzte machtpolitische Bedeutung von Wahlen und Parteien. Das gilt auch und gerade für die sozialökonomischen Interessengruppen. Ob Kreislandbund, Kreishandwerkerbund oder Hausbesitzerverein, in zum Teil beschwörenden Appellen heißt es: „Geht wählen ! Es ist eine Schicksalswahl !" Selbst der Stahlhelm, der in vielen Reden Parteien und Parlament verdammte, gab durch sein Bundesamt die Parole aus: „Jeder Stahlhelmkamerad hat die Pflicht zu wählen !"[150] Dass diese auch durch die regionalen und lokalen Zeitungen vermittelten Rufe nicht auf taube Ohren stießen, zeigt die reichsweit wie auch in den meisten Kreisen des Regierungsbezirks ab 1929/30 stark wachsende Wahlbeteiligung. Die Politisierung in der Krise kommt dem Wahlakt und den darin siegreichen Parteien zugute. Wenn das Parlament, wie zum Beispiel von vielen Rechtsintellektuellen geäußert, nur als entscheidungsferne „Schwatzbude" gesehen wurde, warum sollte man dann wählen gehen ? Erst nachdem allein 1932 in Preußen fünfmal gewählt worden war, sank im November 1932 die Beteiligung deutlich – zu Lasten vor allem der NSDAP. Da ihre Machtübernahme immer wieder scheiterte und eine Verbesserung im Sinne ihrer Interessenten nicht kam, wandte sich ein Teil der Wähler in die Passivität ab.

In ihrer Selbstdarstellung als „Bewegung" zielte die NSDAP auf eine Abschaffung des (Viel-)Parteienstaates. Doch sie hätte die Macht nicht übernehmen können, ohne eine bei Wahlen erfolgreiche Partei gewesen zu sein. Das hatte sie „Bewegungen" wie dem „Landvolk", aber auch außerparlamentarischen politischen Verbänden wie dem „Stahlhelm" voraus.

In den „Anweisungen für die Versammlungsleiter" des Landvolks heißt es strategisch: „Wir benutzen eine Organisation, die mit uns arbeiten will, gern. Sie ist uns eine Treppenstufe, aber damit brauchen wir weder in dieser Organisation aufzugehen, noch ihr angehören."[151] Doch es kam umgekehrt. Durch ihre Ideologie und ihre

148 Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, 5. Aufl. Villingen/Schwarzwald 1971, S. 34.

149 Typisch die Aussage des Redners Wallig: „Wir werden nicht von einer Mehrheit, sondern von einer Minderheit geführt, und zwar von dem jüdischen Großkapital, welches seine Puppen in die Plapperbude geschickt hat." s. Nr. 89, LKP Altona, 7.10.29.

150 So z. B. in AZ 10.4.28: „Aus der Wahlbewegung"

151 Nr. 89, Anlage zu Bericht der LKP-Stelle Altona vom 9.10.29.

kurze, aber heftige Kraft zu politischer Mobilisierung wurde die „Landvolkbewegung" im Lüneburger Land ein Nebenfluss in den Strom, der ins „Dritte Reich" führte.